2. JAHRGANG 1970 ERSCHEINT IN BERLIN 24.9.70/NR.12/13

SOZIALPÄDAGOGISCHE KORRESPONDENZ

DER KINDERGÄRTNERINNEN - ERZIEHER - JUGENDPFLEGER UND SOZIALARBEITER IN PRAXIS UND AUSBILDUNG
UNKOSTENBEITRAG 1.- DM

WEM NÜTZT DIE MODELLBEWEGUNG?

Der Ruf nach gesellschaftlicher Veränderung, der von den Universitäten ausging, hat inzwischen in anderen gesellschaftlichen Bereichen Resonanz hervorgerufen. Nachdem während der vergangenen 20 Jahre im sozialen Bereich relative, in der Sozialarbeit absolute Ruhe herrschte, sind seit 2 Jahren allenthalben Initiativen zur Neugestaltung dieses Bereiches zu erkennen.
In der Sozialarbeit findet diese Entwicklung ihren Ausdruck in einer kaum noch überschaubaren "Modellbewegung", die nicht von den vielfach überlasteten Sozialarbeitern ausging, sondern von den "Spezialisten" der Sozialbürokratie.
In Berlin war es einer der leitenden Fachbeamten beim Senator für Familie, Jugend und Sport, Herr Kosmale, der diese Bewegung durch seine Vorträge auslöste. Seither gibt es - zumindest in Berlin - kaum noch Ämter und Abteilungen, in denen die dort tätigen Sozialarbeiter, isoliert von ihren Kollegen in anderen Bereichen, nicht an einem Modell handwerkeln. Damit hat sich die Diskussion von der Ebene der Bürokratie auf die tatsächlich betroffenen Sozialarbeiter verlagert.
Auf den ersten Blick erscheint die große Resonanz, die diese Modelldiskussion unter den sich über Jahre hin als unpolitisch gebenden und mit der Aufpolierung ihres sozialen Status beschäftigten Sozialarbeitern auslöste, nicht erklärbar. Noch unverständlicher erscheint, daß ausgerechnet die Exekutive dieses Staates als Hüterin von Sicherheit und Ordnung, gerade in dieser Zeit "Unruhe" in die Sozialarbeit hineinträgt, in der sie an anderer Stelle unter massivem Polizeieinsatz die "Ruhe" wiederherzustellen bemüht ist. Man kann davon ausgehen daß Reformen von oben - und um eine solche handelt es sich hier - in einer kapitalistischen Gesellschaft erst und nur dann eingeleitet werden, wenn die bisherige Organisation der Arbeit nicht mehr den Kapitalverwertungsbedingungen entspricht und damit eine Entwicklung erkennbar wird, die den Bestand des Systems gefährden könnte.

Aus dem vorher gesagten ergibt sich, daß die Bedeutung und Funktion der Modellbewegung nur dann erkennbar wird, wenn man sie in einem größeren gesellschaftlichen Zusammenhang gesehen wird.
Wir haben im Folgenden versucht, diesen Zusammenhang herzustellen.
Die Aufgabenstellung im Sozialbereich ist analog der Änderung des Kapitalismus eine Andere als die des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Sozialarbeit, die ausschließlich der Armenpflege und der Quarantäne der sogenannten Asozialen dient, wird weder den weitgehend technisierten Produktionsbedingungen noch dem humanistischen Bild, das sich der Kapitalismus als "demokratischer und sozialer Rechtsstaat" von sich macht, gerecht. Dem Sozialisationsbereich, damit auch der Sozialarbeit, wird heute die Aufgabe gestellt, eine extensive Verwertbarkeit der Individuen im Produktionsprozeß vorzubereiten und ihnen eine Identifikationsmöglichkeit mit dem Staat zu vermitteln, die präventiv gesellschaftliche Veränderungen emanzipatorischer Art verhindert. (Vgl. den Artikel "Zur Einschätzung der Lage der Sozialarbeit" - SPK Nr. 7, Sondernummer vom Jan. 1970)
Unruhe, sofern sie nicht kontrollierbar ist, wird der kapitalistischen Gesellschaftsordnung schlechthin gefährlich. Dieses Gefärdungsmoment wird um ein Vielfaches größer, wenn die Forderung nach Veränderung von Bereichen ausgeht, denen die Erhaltung und Festigung der gegnwärtigen Ordnung als Aufgabe gestellt ist. Der soziale Bereich hat hier eine vorrangige Stellung. Der Sozialarbeit fällt unter anderem die in dieser Hinsicht wichtige Aufgabe zu, für die möglichst reibungslose Eingliederung der Individuen, Z.zt. hauptsächlich Randgruppen und Außenseiter, zu sorgen.

Die unter den Sozialarbeitern entstandene Forderung nach Veränderung wurde von der Verwaltung auf ihre Weise interpretiert. Da man auch dort erkannt hatte, daß die heutige Form der Sozialarbeit nicht mehr den Anforderungen der kapitalistischen Wirtschafts-und Gesellschaftsordnung entspricht, wollte man die entstandene Unruhe nicht schlechthin unterdrücken, sondern sie kontrolliert den eigenen Interessen nutzbar machen.

Wir werden uns fragen müssen, welchen Zweck und welches Ziel die Exekutive bei der "Modellbewegung verfolgt. Soll durch neue Modelle Veränderung erfolgen, die durch die Möglichkeit der Emanzipation auch gesellschaftliche Konsequenzen hat, oder hat sich in der "Modellbewegung" nur die Forderung des kapitalistischen Systems niedergeschlagen, durch bessere Organisation zu größerer Effektivität des Systems im Sinne des reibungsloseren Funktionierens zu gelangen?

MODELLE- REFORMVERSUCH VON OBEN

Vor fast 2 Jahren, am 1.10.68, hielt Dr. Kosmale auf einer Arbeitstagung der Fafü Reinickendorf (Berlin) ein Referat, das die Erarbeitung und Erprobung neuer Modelle anregte. Er selbst machte dazu 2 Vorschläge.
Anhand einer Analyse des Kosmale-Referats wollen wir zunächst die Frage klären, ob es sich bei dem Vorschlag, neue Modelle zu entwickeln um ein ernst zu nehmendes Kooperationsangebot seitens der Sozialbürokratie handelt, oder ob hier eine falsche Fährte gelegt wurde, nämlich Beschäftigungstherapie, die diejenigen die ihr folgen in eine Sackgasse führt. Wir halten die Beschäftigung insbesondere mit den Kosmale-Modellvorschlägen für notwendig, weil wir festgestellt haben, daß einige seiner Thesen-so inhaltsleer sie auch sein mögen-sich durch die gesamte Modelldiskussion ziehen. Es geht dabei nicht um die Person Kosmales. Er ist austauschbar und steht hier lediglich stellvertretend für die Sozialbürokratie.
Es wird zu prüfen sein, welche Neuigkeiten die Modellvorschläge beinhalten, und zwar in zweierlei Hinsicht: Einmal welche sachlichen Voraussetzungen zur Schaffung und Durchführung neuer Modelle genannt und behandelt werden, zum zweiten welche Zielvorstellungen neuer Sozialarbeit in den Vorschlägen enthalten sind.

GEHORSAM UND LOYALITÄT

Die jetzige Organisationsform der Sozialarbeit stellt sich im Modell A in Form einer Pyramide dar. An der Spitze der leitende Fürsorger, darunter die Gruppenleiter, unten die Sozialarbeiter mit ihren 200 Fällen. Hier sind die Strukturen erkennbar hierarchisch geordnet, d.h. es besteht ein System von Über-und untergeordneten Funktionen.
In der Praxis zeigt sich das in der autoritären Weisungsbefugnis, die Mitarbeiter auf höherer Ebene (Leitende Fürs., Gruppenleiter) gegenüber Mitarbeitern auf der unteren Ebene innehaben und jederzeit ausüben können. Darüber hinaus hat der leitende Fürsorger gegenüber selbständig gefaßten Entscheidungen eines Sozialarbeiters auf unterer Ebene ein absolutes Vetorecht, wodurch jede Arbeit eines Sozialarbeiters gemaßregelt werden kann und damit gestorben ist.
Die Hierarchie wird auch dadurch deutlich, daß bestimmte Entscheidungen gemäß der geregelten Unterschriftsbefugnis nur vom leitenden Fürs. und Gruppenleiter gefaßt werden. Die Unterschriftsbefugnis ist in den einzelnen Ämtern unterschiedlich und widersprüchlich, je nach Größe der Ämter, Interessenlage und persönlicher Motivation von politischen und Fachbeamten festgelegt. Die Informationspflicht besteht auch nur von unten nach oben, nicht umgekehrt. Der leitende Fürs. hat das Recht, Wissen und Information zu monopolisieren, sowohl zwischen den Untergebenen seines Amtes als auch zwischen seinen Untergebenen und seinen eigenen, nächsthöheren Vorgesetzten und ebenfalls zwischen den Kollegen bzw. Vorgesetzten anderer Ämter (Dienstweg). Die übergeordnete Rolle des Vorgesetzten wird gegenüber seinen Untergebenen somit hauptsächlich von Rechten gekennzeichnet. Auf der anderen Seite wird die untergeordnete Rolle des Sozialarbeiters gegenüber den Vorgesetzten überwiegend durch Pflichten gekennzeichnet, die die Korrelate zu den Rechten der Übergeordneten bilden. Zu diesen Pflichten gehören: Gehorsam, Loyalität, akzeptieren des Vetorechts. Hierdurch entstehen die Verhaltensmechananismen zwischen Weisungsverpflichteten und Weisungsbefugten (nach MERTON der Teufelskreis der Reglementierung) die die Organisationsziele von Verwaltung verschieben und unterlaufen: Es wird ständig die Meinung des Vorgesetzten reproduziert und entsprechend respektiert und praktiziert. Auf diese Weise wird der Status quo der Verwaltungshierarchie aufrechterhalten und es werden neue effektive und kooperative Arbeitsformen verhindert. (Bezeichnenderweise macht Kosmale keine Angaben dazu, wie diese eben von uns beschriebenen hierarchischen Strukturen geändert werden könnten!)
Am Ende der Bürokratie steht der Klient mit seinen Pflichten und Rechten. Seine Rechte interessieren aber erst in zweiter Linie. Er kann sie auch nur selten wahrnehmen, da er sie meist nicht kennt!

Wie aus der Grafik Kosmales ersichtlich,sprüht alle Autorität von oben und stürzt sich durch fortwährende Übertragung,d.h.immer stärkeren Druck auf den Klienten herab,während dessen Rechte schon an der Autorität des Sozialarbeiters zusammenbrechen.(Dazu im einzelnen das Kriterium "Hierarchie",SPK Nr.7,Sondernummer Jan.70)

Was sind nun Kosmales Überlegungen zu der heutigen hierarchischen Struktur der Sozialarbeit und dem neuen Modell einer veränderten Sozialarbeit? Nach Kosmale ist die "heutige Verwaltung an dem Leitbild der Ordnungsverwaltung orientiert.Es mangelt ihr an der in der Fachliteratur oft gewünschten gestaltenden,gewährenden und modifizierenden Arbeitsweise.

DIE PHRASE VON DER DREIECKSBEZIEHUNG

"Kosmale redet von"drei Faktoren"der Sozialarbeit:Klient,Sozialarbeiter und Verwaltungsbehörde.Diese drei Faktoren stünden in einem Verhältnis wechselseitiger Beeinflussung.Kosmale stellt sie in eine Dreiecksbeziehung und tut damit so,als hätten alle drei Faktoren tatsächlich gleiche Möglichkeiten aufeinander einzuwirken.Die Phrase von der "Dreiecksbeziehung tut so,als wären alle drei Ecken gleichberechtigt,als könne von jeder mit der gleichen Chance auf Erfolg eine Änderung ausgehen,als gäbe es nicht die Unterschiede der Machtmittel und als wäre es ein Naturgesetz, daß,wenn sich ein Faktor ändert,alle anderen mitändern müßten.

In Wirklichkeit handelt es sich jedoch um das hierarchische Verhältnis,in dem die Verwaltung an der Spitze,darunter der Sozialarbeiter und ganz unten der Klient stehen.Von "Wechselseitigkeit" der Beziehungen kann keine Rede sein. Die institutionelle Macht liegt bei der Behörde. Hier werden Entscheidungen nach politischer Opportunität,nicht nach den Bedürfnissen der Klienten getroffen.Der Sozialarbeiter ist Instrument der behördlichen Macht,er unterliegt ihrer Kontrolle,muß sich an Weisungen halten,ist an seine Dienstpflicht gebunden.Der Klient schließlich steht da mit seinen Pflichten,kaum etwas wissend von seinen Rechten.

Wir werden sehen,was Kosmale mit seiner Dreiecksideologie im Schilde führt:nichts anderes als den Sozialarbeiter nach bewährtem Muster in die Zange zwischen Bürokratie und Klient zu nehmen!

Der Klient ist nach Meinung von Kosmale selbstbewußter geworden.Er kommt heute mit einer Anspruchshaltung ins Amt.(Im Gegensatz zu den guten alten Zeiten,als der Klient noch untertänigst um ein Almosen bat) Die Anspruchshaltung ist nun die angebliche Änderung des "Faktors Klient" Wie steht es mit den gesteigerten Ansprüchen des Klienten? In der täglichen Praxis ist nicht erkennbar,daß der Klient gesteigerte Ansprüche vertritt und selbstbewußter ins Amt kommt.Die Erfahrung ist vielmehr die,daß Klienten das diskriminierende Verhalten der Sozialbürokratie wie bisher erdulden,ohne jemals eine Dienstaufsichtsbeschwerde anzustrengen.Wie kann Kosmale gegenüber diesen praktischen Erfahrungen die Ansicht vertreten,die Klienten seien anspruchsvoller und selbstbewußter geworden? Diese Behauptung steht in seinem Referat unbelegt und unbewiesen da.Sie kann so nur als Druck auf die Sozialarbeiter verstanden werden,mit dem zwischen den Zeilen zu lesenden Sinn:Bevor ihr an Veränderungen der Gesellschaft denkt,fangt bei Euch selbst an indem ihr Eure Leistungen dem gestiegenen Anspruch des Klienten anpaßt! Weiter unten sagt Kosmale sehr richtig,daß die Anspruchshaltung des Klienten aus seinem Rechtsanspruch resultiere.(Dieser Rechtsanspruch besteht seit 1952.In diesem Jahr hat die Bundesrepublik die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte"und damit das Recht auf soziale Sicherheit als für sich verbindlich anerkannt. (vgl.besonders Art.25)Hieran gemessen ist die für den sozialen Bereich verbindliche Gesetzgebung,BSHG,JWG völlig unzureichend.Das in Artikel 25 genannte bezeichnet zu einem großen Teil Aufgaben der Sozialarbeit.Die Erfüllung der Rechtsansprüche sicherzustellen ist Aufgabe des Gesetzgebers.Es ist seine Aufgabe,durch politische Maßnahmen,wie Planung des Sozialhaushaltes,die Erfüllung der Rechtsansprüche sicherzustellen und dafür zu sorgen,daß die Voraussetzungen der Sozialstaatlichkeit gewährleistet sind.Hier haben die politischen Instanzen versagt.Über 2 Jahrzehnte reaktionärer Politik haben die Misere der Sozial-und Bildungseinrichtungen verursacht.Es würde den Rahmen unserer Analyse sprengen,hier auf Einzelheiten einzugehen.Worauf es ankommt ist:eindeutig festzuhalten,daß politische Instanzen dafür verantwortlich sind und daß von einer Verwirklichung des Sozialstaates bisher keine Rede sein kann.

Daß hier dringend Reformen notwendig sind,will der Sozialstaatliche Anspruch nicht seine Legitimation verlieren,haben die Herrschenden inzwischen erkannt.Der hektische Eifer,mit dem z.Zt.in den genannten Gebieten diskutiert wird, zeigt die Dringlichkeit.

Wir müssen an dieser Stelle feststellen:

- Versäumt wurde vom Gesetzgeber,für eine Sicherung der Rechtsansprüche des Klienten zu sorgen
- Vernachlässigt wurde,Sozialarbeiter rechtzeitig und gründlich auszubilden.
- Vernachlässigt wurde,genügend Zeit und Geld für die Fortbildung der Sozialarbeiter zur Verfügung zu stellen.

ERFOLG BERECHTIGT ZU FORDERUNGEN

Kosmale als Vertreter der Bürokratie versucht nun, den Sozialarbeitern die Versäumnisse des Gesetzgebers in die Schuhe zu schieben. Er hält ihnen immer wieder ihre unzureichende Ausbildung vor und stellt diesen Tatbestand gleichzeitig als persönliches Versagen des Sozialarbeiters hin. Drohend wird eine "öffentliche Meinung" aufgebaut. "Die Öffentlichkeit erwartet von uns Handeln zur Einhaltung, zur Realisierung der öffentlichen Ordnung und des Wohlverhaltens(!)"
Damit soll offenbar gesagt werden, daß die Effizienz der Sozialarbeit in den Augen der Öffentlichkeit daran gemessen wird, welchen Beitrag sie zur öffentlichen Ordnung leistet und weiternin: daß Sozialarbeit im Moment diesen Beitrag schlecht leistet.
Das liest sich bei Kosmale so: "Wir müssen Organisationsformen schaffen, in denen optimal gelungene Sozialarbeit geleistet wird...ich will ihnen meine Ansicht erklären, weshalb ich es für notwendig halte, daß man sich jetzt mit Organisationsmodellen befaßt. Die Sozialarbeit ist in einer Sackgasse. Wir können keine Sachforderungen und keine Personalforderungen bei den Behörden durchsetzen(?). Damit verbliebe für uns nur eine Konsequenz: Sich mit den vorhandenen Mitteln und Möglichkeiten vorerst selbst zu helfen, damit man sagen kann: der Erfolg berechtigt zu Forderungen."
Hir werden die Verhältnisse total verkehrt. Es wird so getan, als gebe es nicht die sozialstaatlich garantierten Rechte des Klienten, als gebe es nicht die Pflicht des Gesetzgebers, ihre Erfüllung sicherzustellen durch ausreichende sachliche und personelle Mittel.
Nach Kosmale hat die "Öffentliche Meinung" einen wesentlichen Einfluß auf die Verwaltung. Die Verwaltung, so seine Argumentation, kann nur soviel Mittel zur Verfügung stellen, wie es der Sozialarbeit gelingt, sich der öffentlichen Meinung gegenüber als effektiv und nützlich darzustellen, um so aufgrund der nachgewiesenen faktischen Effizienz Forderungen erheben zu können.

FETISCH ÖFFENTLICHKEIT

Ganz abgesehen davon, daß Kosmale den Begriff "Öffentliche Meinung nicht definiert und er nicht Stellung nimmt, wer in der heutigen Gesellschaft aufgrund der realen Machtverhältnisse überhaupt in den Massenmedien und den politischen Entscheidungsgremien seine Interessen vertreten kann, (oder konkreter: welchen Stellenwert die Aussage eines Sozialarbeiters überhaupt hat) stellt er den Sozialarbeitern die Aufgabe, zwecks Durchsetzung ihrer Forderungen auf die Öffentliche Meinung einzuwirken. Hier sei nur nebenbei bemerkt, daß der Sozialarbeiter nicht einmal befugt ist, an die Öffentlichkeit zu treten. Hierfür ist in jeder Organisation ein eigenes Pressereferat zuständig.
Trotz aller Vernebelungstaktiken Kosmales erscheinen hier die wahren Strukturen autoritären, obrigkeitsstaatlichen Denkens: Hilf Dir selbst, dann hilft Dir der Staat!

KOOPERATIONSANGEBOT ODER BESCHÄFTIGUNSTHERAPIE

Die Ausführungen enden mit der rhetorischen Frage: "Wollen wir etwas völlig neues und anderes als die methodische Arbeit oder wollen wir nachholen?" Kosmale entscheidet sich eindeutig für Nachholen. Er will durch verstärkte Fortbildung den Sozialarbeitern mehr Wissen vermitteln, um sie damit in die Lage zu versetzen, methodisch konzentriert sein neues Ziel, Sozialtherapie zu verfolgen. Solange in der "neuen" Konzeption von Kosmale die Sozialtherapie mit dem alten Instrumentarium der Sozialbürokratie ausgeführt wird, werden die Probleme des Klienten erneut individualisiert und der gesellschaftliche Zusammenhang bleibt weiterhin unberücksichtigt. Solange die Sozialarbeiter mit ihren Bildungsdefiziten beschäftigt werden, werden sie davon abgehalten, sich Gedanken über das Ziel von Sozialarbeit und über die Ursachen sozialer Mißstände in der spätkapitalistischen Gesellschaft zu machen.
Damit wird folgendes erreicht: Die Sozialbürokratie weckt die trügerische Hoffnung, es könne mit "neuen Modellen"
soziale Veränderung und veränderte Sozialarbeit erreicht werden. Insgeheim hofft sie, ein kritisches Potential unter den Sozialarbeitern zu binden und auf politische Veränderung gerichtete Aktivitäten durch Beschäftigungstherapie (Erarbeitung von Modellen) zu kanalisieren.

Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand!

(Im Volk weitverbreitetes Vorurteil)



Letzte Meldung:

Wie Pförtner und Hausmeister des Rathauses Reinickendorf gegenüber einem Mitarbeiter der SPK übereinstimmend erklärten, handelt es sich bei der Vermutung, daß ein "Reinickendorfer Modell" existiert, um ein hartnäckiges, jeder Grundlage entbehrendes Gerücht.

STATT DEMOKRATISIERUNG NOCH MEHR HIERARCHIE

Seine praktische Lösung stellt Kosmale in den Modellen B und C dar. Im vergleich zur heutigen hierarchischen Organisationsform ist im Modell B vorgesehen, daß ca.6 Sozialarbeiter zusammenarbeiten. Zwei der Sozialarbeiter sind sogenannte Intensivfürsorger. Wobei nach Kosmale Intensivfürsorge keine Qualifikation sondern lediglich einen Arbeitsbereich darstellt. Beratungsfürsorger, Intensivfürsorger und Sozialarbeiter beraten gemeinsam ob der Fall im Bezirk bleibt, ob ihn der Intensivfürsorger(IF)übernimmt oder was sonst mit dem Fall geschehen soll. Für den ltd. Fürsorger ergibt sich dann nicht mehr die Leitungsfunktion. Er soll in der Rolle des "Primus inter pares"unter den Beratern fungieren. Um von einem bestehenden Organisationsmodell abzugehen und ein neues zu erstellen, bedürfe es der Analyse der Sozialarbeit, führt Herr Kosmale aus. Interessanterweise gelingt es kosmale, im Widerspruch zu seiner eigenen Erkenntnis, ein neues Modell zu konstruieren, ohne diese Analyse geleistet zu haben.
Dementsprechend geraten die Modelle! Was sich auf den ersten Blick als demokratisch und fortschrittlich zeigt, erweist sich bei näherem Hinsehen als zusätzliche Hierarchisierung. Statt einer Demokratisierung wurden die Positionen des Beratungsfürsorgers und Intensivfürsorgers neu geschaffen. Die Aufgaben des BF sind durch eine geringe Fallzahl gekennzeichnet, um ihn für eine intensive Beratung des bezirklichen Sozialarbeiters freizumachen. Die Position wird untermauert durch einen höheren beamtenrechtlichen Status. Das bedeutet, daß das bürokratische Prinzup weiter mit seinen negativen Funktionen latent erhalten bleibt und den autoritären Charakter der Verwaltung weiterhin stützt.
Der auf diese Position gehobene BF entwickelt zwangsläufig statische Tendenzendadurch, daß er auf weitere fachliche Qualifikation verzichten kann. Als kosmale in der Diskussion von Sozialarbeitern gefragt wurde, ob der BF und der IF sozialtherapeutisch tätig werden könnten, war seine im offenbaren Widerspruch zur vorher formulierten Zielvorstellung stehende Antwort: Sozialtherapie tendiere mehr zur Psychotherapie als zum Caswork(!) Dieser Ansicht wurde widersprochen. Die Sozialarbeiter waren der Ansicht, daß es sich bei Sozialtherapie um eine "Arbeit mit der Beziehung"handle, die somit einen Bestandteil der Sozialarbeit darstelle. Wenn das nicht zuträfe, dann bestünde das Voraus des BF z.Zt. lediglich in der Stellung des Amtmannes, sei also kein "fachliches Voraus" sondern ein <u>hierarchisches Voraus</u> und ein beamtenrechtliches Voraus. Ein Amtmann ist nicht absetzbar. Das bestehende Beamtenrecht steht hier der Demokratisierung im Wege. Das ist in der Praxis daran absehbar, daß beamtenrechtlich hervorgehobene Positionen mit einer erweiterten Unterschriftenbefugnis ausgestattet werden. Das Prinzip der Hierarchisierung wird dadurch verfeinert reproduziert. Der obrigkeitsstaatliche Geist herrscht in den "neuen Modellen"wie eh und je.

Würde das Modell akzeptiert, hätten die Sozialarbeiter damit sozusagen freiwillig eine stärkere Kontrolle ihrer Arbeit hingenommen. Der Aufgabenbereich des BF konzentriert sich im Verhältnis zum leitenden Fürsorger weit mehr auf die direkte Beeinflussung der Arbeit des Sozialarbeiters und auf deren Auswirkung auf den Klienten. Das bedeutet, daß aufgrund der Mechanismen in einer bürokratischen Organisation, die Anpassung an Normen die einige wenige Sozialbürokraten festgelegt haben, noch besser gelingt. Der humanitäre Anspruch der Sozialarbeit wird manipulativ eingesetzt, um bürokratische Lösungen durchzusetzen.

Die Schaffung der BF und IF Positionen stellt eine zusätzliche Hierarchisierung dar. Die Sonderqualifikationen mit negativer Wertabstufung in gute und schlechtere Sozialarbeit trägt dazu bei, die jetzige Isolation der Sozialarbeiter noch zu verstärken. Gleichzeitig ist dabei eine bessere Qualifikation der auf der untersten Stufe stehenden Sozialarbeiter weder erwünscht noch notwendig. Auf entsprechende Forderungen nach Fortbildung wird in der Praxis geantwortet: Wir haben doch keine weiteren Stellen für BF und IF(!) In dieser Antwort wird die Starrheit des Denkens in der Bürokratie deutlich: das hierarchische Prinzip muß unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben, auch auf Kosten der Fortbildung der Sozialarbeiter. Das heißt nichts anderes als: Fortbestand des Dilemmas der Sozialarbeit!!
Die Position des IF wird ebenfalls im Team mit den gleichen beamtenrechtlichen Merkmalen und deren negativen Tendenzen hervorgehoben. Beide Funktionen Beinhalten Autoritätspositionen, die nicht immer aufgrund fachlicher Qualifikationen erreicht zu werden brauchen, sondern durch das in der Verwaltung gehandhabte Senioritätsprinzip besetzt werden können.
Kosmale beschreibt die Rolle des leitenden Fürsorgers als primus inter pares. Durch die neu geschaffene Position des BF wird der bisherige Konflikt zwischen Sozialarbeiter und Vorgesetztem jedoch nur auf eine untere Ebene verlagert,

die Spannung zwischen Sozialarbeiter und leitendem Fürsorger gleichzeitig gemildert.Da die Unterschrifsbefugnis,Informationsmonopol und Vetorecht des leitenden Fürsorgers nicht geändert werden,wird seine Machtposition nur verschleiert.Der primus inter pares entpuppt sich als Fetisch.
Kosmale geht nicht darauf ein,wie das Spezifische der Teamarbeit in seinen Modellen verwirklicht werden kann.Es fehlen Angaben zur Konkretisierung der kooperativen Arbeit.Es wird nichts ausgesagt über Form,Inhalt und Häufigkeit der Zusammenkünfte,Freiwilligkeit der Mitarbeit im Team,demokratisches Prinzip,Rotation der Stellen etc.Daß Kosmale auf diese wesentlichen Fragen nicht eingeht,läßt Zweifel an der Ernsthaftigkeit seiner Bemühungen aufkommen.In dem von ihm entworfenen Modell bleibt im Grunde alles beim Alten.Der einzige Ansatz zur Veränderung,der Gedanke der Teamarbeit, bleibt abstrakt und unverbindlich,weil die Bedingungen seiner Verwirklichung überhaupt nicht angesprochen werden.
Es ist keine Frage,daß Kosmale als Agent der Sozialbürokratie nichts anderes tun kann als ein autoritär-bürokratisches Modell vorzuschlagen,das scheinbar Reformen verheißt,in Wirklichkeit aber die Herrschaft der Bürokratie mit verfeinerten Mitteln fortsetzt.
Den seit je unter ihrer Statusunsicherheit leidenden Sozialarbeitern soll dieses Modell durch die Verheißung einer beschleunigten Professionalisierung ihres Berufes und damit einhergehender Statusverbesserung schmackhaft gemacht werden.
Aber selbst diese vordergründigen Versprechungen einzulösen,fehlen dem Modell die Voraussetzungen.

Für das Modell C -in der Diskussion allgemein abgelehnt- gilt im Wesentlichen das bereits Gesagte.Auch hier werden hierarchische Verhältnisse zementiert.Zusätzlich werden neue Positionen,die des Aufnahme-und Beratungsfürsorgers,geschaffen.
Hier nimmt der Aufnahmefürsorger die Eingänge entgegen und erstellt eine erste psychosoziale Diagnose.Der Aufnahmefürsorger konsultiert den Beratungsfürsorger.Gemeinsam wird entschieden, ob der Fall an den Intensivfürsorger oder an den Sozialarbeiter weitergegeben wird.
Das Modell unterscheidet sich von Modell B lediglich dadurch,daß neben dem IF und BF die Hierarchie um eine weitere Position erweitert wird.

MACHT DER INSTITUTIONEN BLEIBT UNTERSCHÄTZT

Nach der Beschreibung des Kosmale Modells soll in kurzen Zügen noch ein Modell vorgestellt werden,das in einem Berliner Jugendamt erarbeitet wurde.(Das Modell wird noch nicht praktiziert)
Es enthält im Wesentlichen folgende Gesichts-Punkte:
Die Einzelnen Familienfürsorge-Bezirke werden aufgelöst.Statt dessen sind 3 Gruppen von Sozialarbeitern vorgesehen,die unterschiedliche Funktionen haben sollen.
<u>Aufnahmegruppe:</u>Mit dieser kommt der Klient als erste in Kontakt.Die Gruppe besteht aus drei (evtl.mehr) Sozialarbeitern und hat folgende Aufgaben: Auskunft und Information,Vorklärung und Erstgespräch,Verweis an andere Stellen einmalige Beratung und Sofortmaßnahmen in Erstfällen,Anamnese,Fallbesprechung,Erstdiagnose und gutachtliche Stellungnahme,sofern der Fall nicht bekannt ist.

<u>Intensivgruppe:</u>Besteht ebenfalls aus 3 Sozarbeitern und hat die Aufgabe der Intensivberatung und -betreuung,sowie der gutachtlichen Stellungnahme,soweit die Fälle in laufender Betreuung sind.

<u>Beobachtungsgruppe:</u>Besteht aus 2 Sozialarbeitern und hat folgende Aufgaben:Übernahme von Beobachtungs-und Kontrollfällen,kurzfristige Beratungen und Betreuungen,gutachtliche Stellungnahmen sowie die Fälle in laufender Beobachtung.
Im Mittelpunkt dieses Modells steht die Gruppen-Fallkonferenz,die sich aus Mitgliedern der drei genannten Gruppen zusammensetzt.Die Gruppen-Fallkonferenz hat folgende Aufgaben:Erstellen von:Diagnose,Behandlungsplan,Auswertung.Entscheidung über Aufnahme,Weiterführung und Beendigung der Beratung und Betreuung.
Dieses Modell strukturiert ebenfalls lediglich die Zuständigkeiten und Arbeitsbereiche neu.Es ist das typische Modell einer "besseren" Sozialarbeit,womit die Beteiligten ihrem alten Vorbild,dem Arztberuf,etwas näher gekommen zu sein scheinen.Dies Modell eines "Sozialkrankenhauses"läßt die Hierarchie des Amtes unverändert.Ob Entscheidungen der Gruppen-Fallkonferenz für die Amtsleitung überhaupt verbindlich sind,bleibt ungeklärt.Das Vetorecht des Ltd.Fürsorgers und anderer höherer Fachbeamter wird ebenfalls nicht angetastet.
Über vieles hat man sich keine Gedanken gemacht,so z.B.darüber ob die Stellen auf Dauer eingerichtet sind oder rotieren,ob die Sozialarbeiter der Aufnahmegruppe eine besondere

Schlüsselstellung innehaben, etc.Auf die Unverträglichkeit zwischen Hierarchie und kollektiver Arbeitsform ist nicht eingegangen worden. Das Modell versucht einen Freiraum im Amt zu schaffen,ohne ihn abzusichern.Darin besteht seine Inkonsequenz.Hier wird die Macht der Institutionen unterschätzt.Modelle,in denen nicht daran gedacht ist die Grenzen der jetzt bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten zu überschreiten,bleiben schon im Ansatz bloß reformerisch.Sie sind abzulehnen,weil sie dazu neigen,Sozialarbeit zu verewigen,die alte Flickschusterei mit leicht verbesserten Instrumenten fortzusetzen.
Wenn überhaupt neue Modelle,dann solche,die Vehikel sein können,nicht zu einer besseren Sozialarbeit,sondern auf dem Weg zu einer Gesellschaft,in der Sozialarbeit überflüssig ist.

TEAMARBEIT OHNE TEAMFÄHIGKEIT

In sämtlichen Diskussionen über "neue Formen" der Sozialarbeit ist die Teamarbeit ein Hauptgegenstand des Interesses der Sozialarbeiter. Das Team wird durchgehend von fast allen bejaht.Man verspricht sich von der Teamarbeit objektivere Entscheidungsmöglichkeiten in schwierigen Fällen sowie Entlastung von Verantwortung durch die kollektive Verantwortlichkeit des Teams.Außerdem hofft man,Sozialpolitische Forderungen besser artikulieren und an die Öffentlichkeit tragen zu können.
Vor allem aber erwarten die Sozialarbeiter von der Einführung der Teamarbeit Abbau der Hierarchie und Reduzierung verwaltungstechnischer Aufgaben.
Damit diese Erwartungen erfüllt werden können, wird gefordert-und der einzelne Sozialarbeiter hat sich schon weitgehend damit identifiziert-daß der Sozialarbeiter erst teamfähig werden müsse,d.h.er muß lernen,lernen,lernen ohne dabei zu fragen,ob seine in die Teamarbeit gesetzten Erwartungen sich werden einlösen lassen.
Um die Frage nach der Realisierbarkeit zu beantworten,halten wir es für notwendig,einige Bemerkungen zur Teambildung und Teamfähigkeit zu machen.
Teamfähigkeit setzt die Bereitschaft zum Team voraus und enthält Eigenschaften,die die Leistungen eines Teams fördern.
Uns interessiert an dieser Stelle,wie Teamfähigkeit erworben werden kann.

Wir zitieren dazu Prof.C.W.Müller:

> "Die konservative Bildung,auch die Fortbildung durch Referate,ist eine bürgerlich-idealistische Konzeption, die in der Praxis zu keinen Folgen führt.Theorie ist Praxisfeindlich, bzw.ist die Praxis nur partikular (teilweise) in der Theorie wiedererkennbar."

C.W.Müller macht deshalb den Vorschlag,Teamfähigkeit in Selbsterfahrungsgruppen zu erwerben.(Auf die Problematik der Selbsterfahrungsgruppen kann hier nicht näher eingegangen werden)
Als Zielvorstellungen der Selbsterfahrungsgruppen,die gleichzeitig Kriterien für die Teamfähigkeit sind,werden folgende Punkte genannt:

1. Verständnis für und die Fähigkeit zur Solidarisierung.
2. Vergrößerte Sensibilität für eigene Emotionalität und die Anderer.
3. Verstärkte Aufmerksamkeit gegenüber eigenem Handeln und dem Anderer.
4. Kontrolliertes Verhalten
5. Neue soziale Einheiten und Kollektive sollen erfahren und schöpferisch auf die eigene Arbeit übertragen werden.

ZWANG ZUM TEAM

Wäre die Sozialbürokratie tatsächlich an einer Teamarbeit in den Ämtern interessiert, würde sie jedem Sozialarbeiter die Möglichkeit geben,Teamfähigkeit in Gruppendynamischen Seminaren zu erwerben,indem sie dafür ausreichend Zeit und finanzielle Mittel zur Verfügung stellte.
Solange die Sozialarbeiter die oben genannten Bedingungen der Teamfähigkeit nicht erfüllen, muß Teamarbeit fragwürdig bleiben.
Solange nicht davon ausgegangen werden kann, daß Teamfähigkeit durch eine entsprechende Ausbildung gesichert ist,kommt der Frage der Teambildung eine besonder Bedeutung zu.
Hier stehen sich freie und zwangsweise Bildung eines Teams gegenüber.Obwohl aus Erfahrung bekannt ist,daß Zusammenarbeit auf der Basis von Freiwilligkeit am effektivsten ist,werden in den Ämtern immer noch Teams gegen jede Vernunft zwangsweise zusammengesetzt.Bei diesem Verfahren kann man sich weder auf eine allgemein

vorhandene Teamfähigkeit berufen, noch kann man Kriterien angeben, die ein solches Vorgehen rechtfertigen würden. Hinter der vordergründigen Fortschrittlichkeit wird autoritärer Zwang kaum verhüllt.
Die bürokratische Ignoranz veranlasst uns zu e- einigen Bemerkungen über die Grundvoraussetzungen sinnvoller Teamarbeit.

Wesentlich für die Zusammenarbeit eines Teams ist die Motivation des Einzelnen. Von der Motivation hängt seine Entscheidung zum Eintritt in das Team ab. Durch Übernahme der Mitgliedsrolle erklärt sich der Einzelne bereit, in bestimmten Grenzen Erwartungen zu erfüllen. Das Team kann mit dieser Bereitschaft rechnen und sich darauf verlassen.
Anders bei der zwangsweisen Zusammensetzung eines Teams: Da hier die Entscheidung des Einzelnen abgeschnitten ist, muß seine Motivation unklar bleiben. Warum soll er mit Anderen zusammenarbeiten? Jemand der nicht motiviert ist und sich deshalb auch nicht zur Zusammenarbeit entschieden hat, wird mit Berechtigung die Verantwortlichkeit für eine gemeinsame Arbeit ablehnen. Wie also soll ein zwangsweise zusammengestelltes Team funktionieren? Das Ergebnis der Zwangsmitgliedschaft kann nur Lethargie und Desinteresse der beteiligten sein.
Da es gängige Praxis der Ämter ist, Teams zwangsweise zu bilden, stellt sich die Frage, ob dahinter System steckt, d.h. ob die Bürokratie Sozialarbeiter handlungsunfähig machen will, oder ob hier, was genauso schlimm wäre, Beschränktheit und Unvernunft am Werke sind.

Fassen wir noch einmal zusammen:
Die freie Entscheidung des Einzelnen zur Mitgleidschaft im Team ist Voraussetzung seiner Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Die Kooperationsbereitschaft aber ist Grundlage jeder Teamarbeit. Auf dieser Basis erst kann man an die Erarbeitung von Zielvorstellungen und die Festlegung und Durchführung eines gemeinsamen Arbeitsprogrammes herangehen.
Ein zwangsweise zusammengesetztes Team ist ein Widerspruch in sich. Hier ist es Unsinn, überhaupt von Team zu reden. Zwang und Teamarbeit passen nicht zueinander. Wenn Teamarbeit sinnvoll sein soll, müssen die Beteiligten die Bedingungen ihrer Zusammenarbeit selbst bestimmen können.

TEAMARBEIT – INSTRUMENT DER BÜROKRATIE ODER CHANCE SOLIDARISCHER POLITISCHER ARBEIT ?

Geht man davon aus, daß der sachliche Kern aller neuen Modelle die Teamarbeit ist, dann heißt das, daß Strukturveränderungen innerhalb der Ämter vorangetrieben werden müssen, bevor Teamarbeit überhaupt nach außen, in emanzipatorischer Arbeit mit Klienten, wirksam werden kann.

Hier wäre mit folgenden Forderungen anzusetzen:

1) Gleichberechtigung aller Teammitglieder, bei der eine Über-und Unterordnung aufgrund amtlicher Positionen entfällt!
2) Freiwillige Zusammensetzung der Teams!
3) Reduzierung Verwaltungstechnischer Aufgaben!
4) Abschaffung der Fallzahl als Leistungsnorm!

Strukturveränderungen innerhalb des Amtes bedeuten jedoch noch keinen sozialen Wandel. Welchen Beitrag Sozialarbeit hier leisten kann, wird davon abhängen ob es den Teams gelingt (neben der Erfüllung gesetzlicher Aufgaben) gemeinsam mit den Klienten projektbezogene politische Arbeit zu leisten. Gelingt es den Sozialarbeitern nicht, sich mit den Klienten zu solidarisieren, dann wird die Teamarbeit nur dazu beitragen die Sozialarbeit leistungsfähiger, rentabler im sinne der kapitalistischen Marktordnung zu machen. Es hat sich inzwischen herumgesprochen, daß Sozialarbeit für das wenige was sie gegenwärtig leistet, zu teuer ist. Die Strategie der Senatsbürokraten ist es denn auch, die Sozialarbeit durch "neue Modelle" in die Lage zu versetzen, Anpassungs-und Kontrollaufgaben wirksamer durchführen zu können als bisher.
Das Kesmale-Modell ist hierfür ein Beispiel. Es ist alles andere als neu, entspricht jedoch besser den derzeitigen Kapitalverwertungsbedingungen. Der "sozial Auffällige" soll zu möglichst geringen Kosten, möglichst ohne Aufsehen in der Öffentlichkeit zu erregen, mit verfeinerten Methoden den herrschenden Normen angepaßt werden.
Will kritische Sozialarbeit dieser Tendenz begegnen, dann muß sie sich vergegenwärtigen, daß Normen nicht Naturgesetze sind, sondern Soll-Vorschriften der Gesellschaft sind, die verändert werden können.

Wie aus soziologischen Untersuchungen bekannt ist, hat das Abweichen von Normen gerade für diejenigen die negativsten Folgen, die auf der untersten Stufe der gesellschaftlichen Hierarchie stehen und ohnehin den stärksten Zwängen ausgesetzt sind.
Dazu ein kurzes Beispiel:
Bei 50 Ärzten, die bestimmter Vergehen im Amt beschuldigt worden waren, hatte der Ausgang der Gerichtsverfahren keine Beeinträchtigung ihrer Praxis zur Folge.
Als Kontrast zu diesem Ergebnis wurde an 50 Arbeitgeber die (fiktive) Bewerbung eines wegen Tätlichkeiten angeklagten, jedoch freigesprochenen Hilfsarbeiters geschickt: Er bekam nirgends eine Stelle.
Kurz: Der Ruf der Ärzte scheint unter der Anklage nicht gelitten zu haben, Hilfsarbeiter sind zumindest zu "verdächtigen Charakteren" geworden und in ihren beruflichen Möglichkeiten schwer benachteiligt.
Das Beispiel zeigt, daß offenbar ein enger Zusammenhang besteht zwischen der Zugehörigkeit zu einer unterprivilegierten Klasse und der Bestrafung "sozialer Auffälligkeit" durch die öffentliche Meinung.
Hier hätte eine kritische Sozialarbeit anzusetzen. Klienten sind oft diejenigen, die darunter leiden, daß sie aufgrund ihrer Klassenzugehörigkeit und der damit verbundenen sozialen Defizite (geringe Schulbildung, mangelnder Rückhalt in der Familie, keine oder unzureichende Ausbildung) die herrschenden Normen, die immer Normen der Herrschenden sind, garnicht erfüllen können.
Emanzipatorische Arbeit mit Klienten würde hier bedeuten, daß der Sozialarbeiter diesen und andere Zusammenhänge nicht nur erklärt, sondern darüber hinaus dem Klienten den Vertrauenskredit gibt, den die übrige Gesellschaft verweigert. So können soziale Defizite zwar nicht ausgeglichen werden, aber es wäre der Grund gelegt für eine wirksame politische Agitation. Als Nächstes wäre es Aufgabe des Sozialarbeiters, Klienten die Solidarisierung mit anderen Klienten, die ähnliche Konflikte haben zu ermöglichen. Dies würde letztlich eine Hilfe zur Selbsthilfe sein.
Wie hier eine Strategie im Einzelnen aussehen kann, muß in der Praxis entschieden werden.
Die Chance der Gruppenbildung im Amt, die in den Reformmodellen gegeben ist, muß zur Organisierung am Arbeitsplatz genutzt werden.
Nur hier, in einer Diskussion auf breiter Ebene, können gemeinsames Selbstverständnis und gemeinsame politische Zielvorstellungen erarbeitet werden, die dann zur Basis solidarischen Handelns in projektbezogener Teamarbeit werden können.

ERNEUTER DISZIPLINIERUNGSVERSUCH

Gegen Peter Bischoff, den ehemaligen Leiter des Falkenlagers in Schweden ist nach mehr als einem Jahr Anklage erhoben worden.
Von all den Anwürfen, wie Verführung Minderjähriger, Unzucht mit Abhängigen, Rauschgiftmißbrauch und Verletzung der Aufsichtspflicht ist nur noch der Vorwurf übriggeblieben, daß in dem Zeltlager ein pornografischer Film vorgeführt worden ist.
Das Bezirksamt Charlottenburg hat sofort nach Erhalt der Anklageschrift reagiert und ein Disziplinarverfahren gegen Bischoff eingeleitet. Wie man dabei verfuhr, dokumentiert der nachstehend abgedruckte Brief, den Bischoff, der inzwischen in den Fürsorgerischen Dienst zwangsversetzt wurde, an die Mitarbeiter im Jugendamt Charlottenburg richtete.

Offener Brief an die Sozialarbeiter der Familienfürsorge Charlottenburg.

Ich halte es für erforderlich, Sie über meine Abordnung zum Fürsorgerischen Dienst zu unterrichten, da ich glaube, daß Sie hierüber keine oder nur sehr verkürzte Informationen seitens der Vorgesetzten erhalten werden. Gleich, wie Sie zu dem Komplex Falkenlager stehen und wie Sie z.B. die Frage der freien Entwicklung der Sexualität von Jugendlichen beurteilen, meine ich, haben Sie ein Recht auf Information über Dinge, die Ihren Arbeitsplatz betreffen.
Nachdem ich ein ganzes Jahr nicht von der Leitung der Abt. Jugend zur Frage des Falkenlagers gehört worden bin (wobei ich glaube, daß, wenn man meine Gedanken nicht als völlig abstrus beurteilt, zumindest der Konzeption des Falkenlagers ein rationaler Kern zugrunde liegt, über den zu reden für die Leitung einer Jugendbehörde sich lohnte), wurde mir Ende Juli d. J. von Herrn Wirts eröffnet, daß ein Disziplinarverfahren gegen mich eingeleitet und bis zum Abschluß meines Strafverfahrens für ruhend erklärt worden ist. Im Zusammenhang mit dem Disziplinarverfahren soll ich dann an einen Arbeitsplatz versetzt werden, bei dem ich nichts mit Jugendlichen zu tun habe. (Gegen die Lagerleitung ist Anklage wegen Vorführung eines unzüchtigen Filmes erhoben worden.)

Drei Begründungen wurden für meine Versetzung von Herrn Stadtrat Wirtz und von der Abteilung Personal und Verwaltung genannt:

a) Ich sollte zu meinem Schutz versetzt werden. Aufgrund der öffentlichen Erörterung des Falles könnten Schwierigkeiten auftreten, wenn ich weiter in der Jugendbehörde tätig bin, nachdem Anklage erhoben worden ist;
b) Es sollten Beschwerden seitens des Publikums vorgebeugt werden, zudem ist mein Verbreiben im Jugendamt auch deshalb nicht vertretbar "weil eine ordnungsgemäße Betreuung der Jugendlichen gefährdet erscheinen muß." (Bisher ist seitens des Publikums bzw. von meinen Klienten her keine Beschwerde erfolgt.)
c) Mündliche Begründung von Herrn Stadtrat Wirtz: "Um Angriffen anderer politischer Gruppen entgegentreten zu können."
Nun ist das Disziplinarverfahren aus zumindest zwei Gründen bisher rechtlich nicht eröffnet worden, so daß tatsächlich kein Disziplinarverfahren gegen mich anhängig ist: Das Disziplinarverfahren ist bis heute nicht schriftlich eröffnet worden; obwohl vorgeschrieben, ist bis heute der Personalrat nicht dazu gehört worden.

Inzwischen bin ich dienstlich zum Fürsorgerischen Dienst abgeordnet. Ein Widerspruch von mir, dies sei nicht dienstlich notwendig sondern eine verkappte disziplinarische Maßnahme, wurde nicht akzeptiert. Seit Freitag habe ich im FD meinen Dienst aufgenommen.

(Fortsetzung S. 20)

KRITIK NUR NOCH SCHRIFTLICH

(Bedarf keines Kommentars)

Für die Abteilung Sozialwesen im Bezirk Kreuzberg wurde ein " Modell " erarbeitet. Die dabei angewendeten Methoden machen deutlich, was die Amtsleitungen unter Modellen verstehen.

Im Februar 1970 werden die Mitarbeiter der Abteilung in einer Besprechung aufgefordert, gemeinsam eine neue Konzeption zu entwickeln.
Diese Aufforderung widersprach dem bisher praktizierten Leitungsstiel und wurde dementsprechend von den Kollegen mit Erstaunen zur Kenntnis genommen.

Seit etwa zwei Jahren fordert ein kritischer Teil der Sozialarbeiter des Fürsorgerischen Dienstes in Kreuzberg die Beteiligung an Entscheidungen, die ihren Arbeitsbereich betreffen. Gegen den erheblichen u. trickreichen Widerstand der Amtsleitung konnten bisher nur Teilerfolge errungen werden, wozu u.a. die regelmäßige Abhaltung von Dienstbesprechungen gehört. Bis vor 18 Monaten gab es sie im Fürsorgerischen Dienst Kreuzberg nicht. Dies nur zur Illustration des autoritären Stieles der Amtsleitung in einem Bezirksamt, das sich innerhalb der Berliner SPD dem linken Flügel zurechnet.
Es ist demnach verständlich, daß die zur Mitarbeit aufgeforderten Kollegen skeptisch waren. Wie noch darzustellen ist, mit Recht.

Aus den Ausführungen des zuständigen Stadtrates ließ sich bald entnehmen, daß es nicht so sehr um eine den heutigen Ansprüchen gerecht werdende Konzeption ging, vielmehr war es eine Frage der Existenz der Leute, die ihre Entscheidungen selbstherrlich fällen ohne sich um die Meinung der Mitarbeiter zu kümmern.

Was veranlasste diesen angeblichen Sinneswandel ?

Nach der Änderung des Nichtehelichenrechtes soll nach Auffassung der Senatsbürokratie der Aufgabenkatalog der Familienfürsorge ergänzt werden, indem man ihr Tätigkeiten zuordnet, die bisher von der Abteilung Sozialwesen, Fürsorgerischer Dienst, wahrgenommen werden. Damit ist jedoch die eigenständige Existenz des Fürsorgerischen Dienstes, wenn nicht der ganzen Abteilung, gefährdet. Damit erhebt sich für deren Leitungen die Frage : Was wird aus uns ?
Ein Stillhalteabkommen, das auf Senatsebene erreicht wurde, das eine Aufgabenverschiebung erst nach den nächsten Abgeordnetenhauswahlen vorsieht, konnte zwar die Geefahr für die Abteilung Sozialwesen nicht bannen, gewährt aber Aufschub. Diese Zeit muß nach dem Willen der Amtsleitung genutzt werden, genutzt für die Erarbeitung von Konzeptionen , die eine selbständige Existenz auch weiterhin ermöglichen. Nachdem der Senator für Arbeit, Gesundheit u. Soziales " grünes Licht"gab, ging man in den zwölf West-Berliner Bezirken ans Werk, so auch in Kreuzberg.

Dabei stand die Amtsleitung vor einem schwer zu lösenden Problem. Einerseits konnte sie sich nicht ihres bisherigen autoritären Stieles bedienen, wollte sie ihre eigenen Interessen verschleiern, andererseits lag in der Bildung der Arbeitsgruppe die Gefahr, daß das Ergebnis nicht mit den Vorstellungen der Amtsleitung übereinstimmt.
Dieser Widerspruch war nur lösbar, indem man Mitarbeiter in die Arbeitsgruppe nahm, die sich innerhalb des vorgegebenen Rahmens bewegten.
Die Arbeitsgruppe wurde von fünf Angehörigen der Sozialverwaltung u. fünf Sozialarbeitern gebildet. Lediglich ein Arbeitsgruppenmitglied, ein Sozialarbeiter, gehörte zu der kritischen Gruppe innerhalb des Fürsorgerischen Dienstes. Rückblickend muß gesagt werden, daß dieser Kollege, der wiederholt die inhaltliche Diskussion als Voraussetzung für eine vorzuschlagende Organisationsform forderte u. entsprechendes Arbeitsmaterial einbrachte, wobei er jeweils mit 9:1 Stimmen " demokratisch " unterlag, das Feigenblatt für dem demokratischen Charakter der Arbeitsgruppe abgeben sollte.
Die anderen neun Arbeitsgruppenmitglieder hatteh durch Wohlverhalten schon die ersten Sprossen der " Aufstiegsleiter " erklommen u. waren von daher folgerichtig bemüht, in der Konzeption eine weitere Beförderung beamtenrechtlich abzusichern. Das Arbeitsergebnis lag nach sechs Sitzungen à 2 Std. vor u. wurde mit 9:1 Stimmen angenommen.

Der überwiegende Teil der Sozialarbeiter forderte eine Aussprache über die Konzeption, die eine weitere Hirarchisierung vorsieht, die mit Begriffen wie Team verschleiert wird. Die Diskussion wurde von der Amtsleitung u. den Mitgliedern der Arbeitsgruppe unter den fadenscheinigsten Gründen verhindert. Man forderte, daß die Kritiker ihre Fragen schriftlich einreichen. Als das geschah, erschien zu der Sitzung nur ein Arbeitsgruppenmitglied, das erklärte, nur für sich selbst sprechen zu können u. es ablehnte zu diskutieren.
Die kritischen Sozialarbeiter wurden auf die am 28.5.70 stattfindende Abschlußdiskussion, an der auch die Kollegen des Sozialverwaltungsdienstes teilnahmen, verwiesen. Dort sollte über alle Fragen gesprochen werden. Erst danach, so sagte der Sozialstadtrat mehrmals zu, würde die endgültige Fassung, die die Kritik einbeziehen sollte, gefertigt werden.

Bei der Zusammenkunft am 28.5. stellte sich jedoch heraus, daß es nichts mehr zu beraten gab. Die Konzeption war wenige Tage vorher, versehen mit einem Schreiben des Referenten, dessen Inhalt bis heute unbekannt blieb, an die Senatsverwaltung abgesandt worden.
Diese Vorgehen stand in eindeutigem Widerspruch zu der mehrmals von der Amtsleitung gegebenen Zusicherung, den Bericht erst nach eingehender Diskussion abzufassen. Trotzdem besaß der Stadtrat die Unverfrohrenheit, die Kollegen zur Diskussion aufzufordern.
Um zu verdeutlichen, mit welcher Unverschämtheit sich die Amtsleitung, mit Unterstützung einer kleinen um Beförderung buhlenden Gruppe über die Kollegen hinwegsetzt, verließen vier Sozialarbeiter die Versammlung, nachdem sie die Gründe für ihr Handeln darlegten. Die Anwesenden erlebten wie die Amtsleitung durch Bitten, gutes Zureden, Liffamierungen u. versteckte Drohungen diesen demonstrativen Auszug zu verhindern suchte.

Anhand der Reaktion der Kollegen war erkennbar, daß das Vorgehen der vier Sozialarbeiter nicht allgemein verstanden wurde. Die Vier verfaßten deshalb ein Flugblatt, in dem sie nochmals die Gründe für ihr Handeln darlegten u. verteilten es an alle in der Abteilung Beschäftigten.
Nach drei Wochen erschien das Gegenpapier der aus neun Personen bestehenden Arbeitsgruppe. Ohne auf den Inhalt der vorgetragenen Kritik einzugehen, wurden die vier Kollegen als Provokateure bezeichnet,

Die Vier verfaßten ein zweites Flugblatt u. wurden daraufhin wenige Tage später zum Stadtrat zitiert. Der riet innen, im Beisein des Büroleiters, nicht weitere Flugblätter zu verfassen. Er räumte ein, daß das Vorgehen der vier Sozialarbeiter zwar legitim sei u. verwies auf seinen Auszug als"Linker" anläßlich des letzten SPD- Parteitages in Berlin, die Flugblätter führten jedoch zur Unruhe unter den Kollegen u. das könne er nicht dulden. Falls die Vier die Warnung nicht beachteten, hätten sie die Konsequenzen zu tragen.

JUNISTREIK AN BERLINER SOZIALAKADEMIEN

Im Juni streikten Teile der Studenten aller Sozialakademien. Studenten, die sich in dieser Zeit im Praktikum befanden, streikten teilweise nicht mit.

Vordergründiger Anlaß für den Streik war die Gefährdung des Studiums durch die unhaltbaren Stipendienbedingungen. Auf dieser Grundlage entwickelte sich erstmals eine Zusammenarbeit und Solidarisierung aller Sozialakademien, als Minimalvoraussetzung eines erfolgreichen Kampfes gegen die selbstherrlichen Entscheidungen der Senatsfunktionäre. Ein gemeinsamer Streikbeschluß und die Bildung eines Streikrates waren Ergebnisse dieser Koordinierungsarbeit.

Die nachstehende Dokumentation von Studenten der Unterstufen stellt die verschiedenen Aktionsphasen dar und verdeutlicht den "demokratischen Geist" ,der die zuständigen Senatsverwaltungen auszeichnet. Die Äußerungen des Senators für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Dr. Bodin, sind beispielhaft für viele.

Aber es geht in dieser Dokumentation und Einschätzung des Streiks um mehr als bloße Information über Geschehnisse. Es soll nachgewiesen werden, daß nicht der Kampf um eine bessere ökonomische Grundlage des Sozialarbeiterstudiums im Vordergrund steht, sondern die Aufdeckung und Vermittlung politischer Zusammenhänge der Ausbildungsverhältnisse mit den Interessen des Privatkapitals und deren Agenten in politischen Entscheidungsinstanzen (wie dem Senat) das Hauptziel sein muß. Das bedeutet die Politisierung der Studenten und Öffnung der Ausbildungsstätten für die grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Bedingungen der Erziehungs- und Produktionsverhältnisse.

Damit wird jedoch erst ein Ziel formuliert, eine langfristige Aufgabenstellung konkretisiert. Als erster Schritt nach der Sommerpause wird die Intensivierung der Zusammenarbeit aller Sozialakademien in Angriff zu nehmen sein. Die Einrichtung einer Schulungsarbeit zur Schaffung einer theoretischen Grundlage wurde bereits in Angriff genommen. Die nächste Aufgabe kann dann nur die Verzahnung des berufsspezifischen Ausbildungskampfes in den Gesamtzusammenhang des Ausbildungswesens sein. Isolierte Aktionen führen zu nichts.

CHRONOLOGIE

Aufgrund der finanziellen Misere der Studenten des ersten Semesters der Sozialakademie am PFH (Durchschnittsalter 25 Jahre, teilweise verheiratet und Kinder - Höchstrate Berliner Modell 250.-- DM familienabhängig) bestand für viele die Gefahr, das Studium aufgeben zu müssen. Aus diesem Grunde ergriffen wir die Initiative für eine generelle Verbesserung der Ausbildungsförderung.

<u>21.5.70</u>

30 Studenten des ersten Semesters machten ein spontanes Go-in beim Landesarbeitsamt: widersprüchliche Angaben über das Ausbildungsförderungsgesetz bei den einzelnen Bezirksarbeitsämtern, Uneinigkeiten über die Auslegung der bestehenden Gesetze und aufgrund dessen Nichtbearbeitung der seit Monaten liegenden Anträge.

<u>Antwort:</u> Für eine generelle Verbesserung sei nicht das Arbeitsamt sondern der Senat zuständig.

<u>25.5.70</u>

Vollversammlung der Alice-Salomon-Akademie PFH: Verabschiedung der Resolution (s. Dokumentation 1) Anschließend spontanes Go-in beim für die Sozialakademien zuständigen Referenten des Schulsenators. Unterbreitung der Forderung, Ultimatum bis zum 8. 6. 70 (bis zu diesem Datum wurde eine verbindliche Antwort erwartet, Kampfmaßnahmen wurden vorbehalten).

Zur Unterstreichung unserer Forderung beschlossen wir eine Demonstration aller in der Ausbildung befindlichen Sozialpädagogen durchzuführen. Es konstituierte sich ein Demonstrationsausschuß (1) und ein Ausschuß für Öffentlichkeitsarbeit (2).

Ausschuß 1 formulierte 2 Flugblätter, die an allen anderen sozialpädagogischen Ausbildungsstätten innerhalb Berlins verteilt wurden. In den Flugblättern wurde aufgerufen 1. zum Teach-in in der TU am 1. 6. 70 (Flugblatt 1) 2. zur Demonstration am 3. 6. 70 (Dokument 4).
Ausschuß 2 informierte Presse, Rundfunk, Fernsehen.

<u>1.6.70</u>

Teach-in in der TU mit ca. 400 Teilnehmern. Information über die augenblickliche finanzielle Situation und nochmaliger Aufruf zur Demonstration. (3)

<u>3.6.70</u>

Demonstration mit geänderter Route, da lt. Senatssitzungsbeschluß die Bannmeile vor dem Schöneberger Rathaus nicht aufgehoben wurde, (5) zum Jugendsenator Korber. Der Senator war "abwesend". Übergabe einer Resolution an Senatsdirektor Müller (Dokument 3) , der eine Beantwortung bis zum 8.6. zusagte.

<u>8.6.70</u>

Vollversammlung aller sozialpädagogischen Ausbildungsstätten. Delegation zu Müller. Antwort: nicht kompetent, Einsatz aus rein persönlichem Interesse, mit dem "Erfolg", daß in 2 Tagen auf einer Senatssitzung man sich mit der Frage beschäftigte, ob unsere Lage problematisch ist oder nicht. Vom Schulsenator keine Antwort. Daraufhin Streikbeschluß (befristeter Warnstreik). (Dokument 6) Es konstituierte sich ein Streikrat mit Vertretern aller Sozialakademien.

<u>9.6.70</u>

Vollversammlung. Aufruf zum Go-in beim Bodin mit

der Forderung am 10.6. als Delegation bei der Senatssitzung teilzunehmen. Bodin ließ sich verleugnen, sein persönlicher Referent Arendt versuchte die Delegation abzuweisen mit der Begründung, es fehle ihr das nötige Sachverständnis über ihre eigene Lage und man würde die Sitzung nur aufhalten. Bodin, wieder Erwarten doch im Hause, reagiert auf unsere ökonomische Forderung mit Ausdrücken wie "Kommunistenschweine", "geht doch rüber in den Osten", "für Euch bin ich immer noch Herr Dr.Bodin" und Androhung eines Rausschmisses durch "seine" Angestellten und gegebenenfalls durch die Polizei, obwohl er "als Sozialdemokrat immer für den kleinen Mann da ist."

10.6.70

Vollversammlung. Delegation holt nach Ende der Senatssitzung die "Ergebnisse" ab, die sich als schon seit geraumer Zeit bekannten "Förderungsmöglichkeiten" des Senats (350.-- DM familienabhängig) erweisen und keinesfalls eine Anwort auf unsere Forderungen darstellt. Diese"Ergebnisse" wurden auch als Flugblätter von Arendt während der Vollversammlung verteilt, der, zu einer Stellungnahme vor dem Mikrophon nicht bereit war und es vorzog sich fluchtartig durch die Turnhalle zu entfernen. Aufruf zur Demonstration gegen das Handgranatengesetz und zur Solidarität mit den Hochschulen. Tumultartige Auseinandersetzungen darüber zwischen "Kommunisten" und anderen.

11.6.70

Handgranatendemonstration: eigener Streikblock der Sozialpädagogen.

12.6.70

Fortsetzung des Streiks (Dokument 8)

15.6.70

Streikabstimmung: Streik soll nicht weitergeführt werden. Vorschlag zur Bildung von Arbeitsgruppen:
1. Ausbildung,
2. Funktion der Sozialarbeit,
3. überregionale Zusammenarbeit aller sozialpädagogischen Ausbildungsstätten,
4. Problematik der Einbeziehung der Kindergärtnerinnen in den Streik. Differenzierte Forderungen der Kindergärtnerinnen an Bodin (Dokument 10), Resumée des Streiks (Dokument 9)

Versuch eines Go-ins beim Landesarbeitsamt, um eine sofortige Bearbeitung der Anträge zu fordern. Polizei riegelt bereits vor unserem Eintreffen das Arbeitsamt ab, nach heftigen Sprechchören wird der Streikrat zu einer Verhandlung mit Vertretern des Landesarbeitsamtes eingelassen. Wieder keine Antwort auf unsere Forderungen: das Arbeitsamt bezeichnet sich als bloßes Ausführungsorgan der bestehenden Gesetze und nicht kompetent, unsere Situation zu verbessern. Zusage, die Anträge in Zukunft schneller zu bearbeiten und alles in ihrer Macht stehende zu tun.

16.6.70

Vollversammlung der Unterstufe des PFH. Es wird beschlossen die restliche Zeit bis zu den Ferien in Arbeitsgemeinschaften unter den oben genannten Themen zu arbeiten und den normalen Unterricht ausfallen zu lassen. Die Leitung der Alice-Salomon-Akademie stellte sich gegen diesen Beschluß und drohte mit Vertragsbrüchigkeit. Durch geschlossenes Auftreten der Unterstufe werden die Arbeitsgemeinschaften aber trotzdem durchgeführt. (Öffentlicher Aushang der Schulleitung über die Vertragsbrüchigkeit erfolgte am 19.6. - siehe Dokument 11)

DOKUMENTATION

Dokument 1

(Flugblatt)

Sozialpädagogen!
(Kindergärtnerinnen - Erzieher - Sozialarbeiter)

Kampf der Parzellierung auch in der Ausbildungshilfe!
Wir haben es satt, durch sämtliche Bürokratien gejagt zu werden, ohne daß etwas für uns herauskommt!

Wir wollen unsere Ausbildungs- und Lebensbedingungen auch nicht mehr länger von der Willkür und den Finanzen der Familie diktiert sehen!

Deshalb fordern wir 310.-- DM für alle
a) rückwirkend ab 1.4.70
b) familienunabhängig
c) als minimale Sofortmaßnahme.

Siehe auch Forderungsprotokoll vom Go-in am 27.5. beim Schulsenat (auf der Rückseite).

Diese Maßnahmen sehen wir lediglich als Sofortmaßnahme an. Sie deckt in keiner Weise unsere notwendigsten Bedürfnisse, von Studienkosten gar nicht zu sprechen . . .

DAHER DIE GENERELLE FORDERUNG VON ALLEN FUR ALLE:

500.-- DM monatlich und familienunabhängig!

Am kommenden Montag findet ein Teach-in in der TU statt:

1.6.70 19 Uhr 30

Flugblattrückseite:

Abschrift!

Der senator für Schulwesen

1 Berlin 19,
den 25.5.70

Protokoll

Es erscheinen Studenten der Berufsfachschule für Erzieher, der Fachschule für Erzieher und der Alice-Salomon-Akademie des Pestalozzi-Fröbel-Hauses. Sie stellen im Laufe einer längeren Aussprache, in der sie über die bestehende Rechtslage informiert werden, folgende Forderungen:

1. Die Studenten der Alice-Salomon-Akademie sollen ab 1.4.1970 mit einem Förderungsmeßbetrag von 310.-- DM gefördert werden; dieser Betrag wird bereits an anderen fachbezogenen Akademien gewährt.
2. Für alle fachbezogenen Akademien wird ab 1.4.70 eine familienunabhängige Förderung mit monatlich 310.-- DM verlangt.
3. In die unter 2. verlangte Förderung sollen die Berufsfachschulen und Fachschulen mit einbezogen werden.
4. Ab 1.7.1970 werden 500.-- DM monatlich familienunabhängig verlangt.
5. Zu den unter 1 - 4 aufgestellten Forderungen wird innerhalb von 14 Tagen eine verbindliche Erklärung verlangt.

Die Studenten behalten sich für den Fall, daß die Auskunft des Senats unbefriedigend ausfällt, Kampfmaßnahmen vor.

gez. Busse

Dokument 2

(Referatauszug, gehalten am 1.6.70 beim Teach-in in der TU)

Kommilitonen und Genossen!

Wir müssen erkennen, daß das Arbeitsamt ein abhängiges Ausführungsorgan der Industrie und des Staates ist. Wie wir wahrscheinlich schon alle gemerkt haben, versucht das Arbeitsamt hauptsächlich Stellen zu vermitteln, für die in der jetzigen industriellen Lage ein Bedarf entstanden ist. Das bedeutet konkret : jemand, dessen Beruf durch fortschreitende Technisierung für die Industrie nicht mehr notwendig ist, wird vom Arbeitsamt nur dann umgeschult und gefördert, wenn der neue Beruf der Industrie und dem Staat von Nutzen ist.

D.h. also, daß die individuellen Vorstellungen und Fähigkeiten eines jeden Einzelnen bei der Berufsförderung nicht berücksichtigt werden, sondern nur der Bedarf der Industrie.

Hieraus läßt sich klar schlußfolgern, daß das Arbeitsamt Ausführungsorgan des Staates und der Industrie ist. Damit wird die These der freien Berufswahl in unserer Gesellschaft sehr unglaubwürdig.

Es ist offensichtlich, daß der Senat im Augenblick kein Interesse mehr an der Ausbildung von Sozialpädagogen hat. Das wird deutlich an dem planmäßigen Wirrwarr über Föderungsbestimmungen beim Arbeitsamt.

Unsere Forderungen (s.Dokument 1) können und sollen wir nicht einfach in den Raum stellen, sondern wir müssen diese mit Nachdruck unterstreichen. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, brauchen wir die Solidarität aller. d.h. wir müssen uns alle hinter diese Forderungen stellen. Aus dem Streik an den Ingenieurschulen und den Sptemberstreiks der Metallarbeiter sind die Lehren gezogen worden, daß nur solidarisches Handeln Forderungen durchsetzen kann. Diese Erfahrungen müssen wir uns zu eigen machen.

D.h. für uns alle, daß wir solidarisch am Mittwoch demonstrieren und weitere Kampfmaßnahmen ergreifen, bis zur Druchsetzung unserer Forderungen.

Dokument 3

An den Senator für Familie, Jugend und Sport, Korber.

R e s o l u t i o n 1.6.70

Im Namen aller Studierenden an den sozialpädagogischen Schulen und Akademien in Westberlin setzen wir Sie heute davon in Kenntnis, daß aufgrund uneinheitlicher behördlicher Regelungen im Bereich der sozialpflegerischen Berufe, die finanzielle Situation der einzelnen Studierenden absolut unhaltbar und existenzbedrohend ist.

Auch die kommende Neuregelung (1.7.70) verspricht uns keine Änderung der gegenwärtigen Misere. Da bekanntlich die Ausführungsbestimmungen für die Neuregelungen überaus lange auf sich warten lassen, wird ein großer Teil der Studierenden gezwungen sein, in absehbarer Zeit das Studium aufzugeben. Außerdem ist es für uns nicht einzusehen, warum nahezu jede finanzielle Förderung (für alle Sozialpädagogen) familienabhängig ist, d.h. daß das Einkommen der Eltern allein auf das Stipendium angerechnet wird.

Bedenken Sie bitte, daß das Durchschnittsalter an allen Akademien ca. 25 Jahre beträgt und daß ein großer Teil der Studierenden verheiratet ist und Kinder zu versorgen hat. Außerdem steht die Mehrzahl der betroffenen Ehepartner ebenfalls noch im Studium. Diesen Teil der Studentenschaft treffen die Mißstände verständlicherweise besonders hart. (Studium, Haushalt und berufliche Tätigkeit). Selbst für den einzelnen Studierenden ist ein Auskommen mit 250.-- DM (Höchstrate des Berliner Modells) für Miete, Lebensunterhalt, Heizung, Kleidung und Studienmaterial völlig unzureichend.
Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß z.Z. in Westberlin (Berechnung der Gewerkschaft ÖTV) etwa 1500 bis 1800 Sozialarbeiter fehlen. Wir waren darüberhinaus fast alle bereits berufstätig und haben mit großem Engagement gerade diese Berufsausbildung angetreten. Allein angesichts der alarmierenden Altersstruktur der Stadt erscheint es uns höchst sinnlos und geradezu provozierend uns in diese ausweglose Situation hineinzumanövrieren.

Wir fordern deshalb:

1. Generell eine familienunabhängige Förderung
2. Einheitliche Regelungen und Feststellung der Ämterkompetenzen
3. 500.-- DM als Lebensgrundlage für alle Studierenden

Wir halten diese Forderungen durchaus für gerechtfertigt und werden sie mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln durchsetzen.

gez. Die Studierenden der Sozialpädagogischen Akademien Westberlins

---

Dokument 4

WARUM ANGEHENDE KINDERGÄRTNERINNEN, ERZIEHER UND SOZIALARBEITER (FÜRSORGER) AUF DIE STRASSE GEHEN.

Jeder, der eine Ausbildung beginnt, steht vor dem gleichen Problem: Wo darf ich meine Ausbildungsbeihilfe beantragen? Der erste Akt der Disziplinierung beginnt: Berliner Modell? Arbeitsamt? Sozialamt - usw., indessen werden die Eltern angebettelt.

Nach langer Jagd durch Behördenflure und Formularspalten bekommt dann dieser 286,50 DM und jener 176,36 DM. Schließlich ist amn dann noch dankbar und verdrängt, daß bei den horrenden Preissteigerungen mit den paar Piepen kein Auskommen sein kann. Bei allem ist dann noch das Familieneinkommen "berücksichtigt" worden.

Als 1969 die Kindergärtnerin erstmalig - gipfelnd im Kreuzberger Streik - ihr allzu berechtigtes Unbehagen massiv artikulierten, konnte die Seantsbürokratie auf einmal relativ rasch reagieren. - Die Kurzausbildung für Erzieher sollte die Lücken füllen. Quantitativ. Und Geld gabs auch - 350.--DM familienunabhängig.

Daran kann gesehen werden, daß gerade im Sozialisationsbereich das Politikum schon in der Ausbildungsplanung beginnt. Konkret in diesem Erziehungsbereich gilt: Wenig Kindergärtnerinnen - wenig Plätze. Wenig Kindergartenplätze - weniger Mütter, die bereit sind, ihre Abzahlungsverpflichtungen durch Lohnarbeit zu decken. Weniger weibliche Arbeiter - "angespanntere" Lage auf dem Arbeitsmarkt in Westberlin und damit geringerer Profit der frauenintensiven Industrie (Elektro-, Zigarettenfabrikation etc.). Mit diesem einen Beispiel soll nur aufgezeigt werden, daß auch unsere Forderungen keine rein ständisch-ökonomischen sind, sondern gleichzeitig politische. Denn das System der"Gewährung" von Ausbildungsbeihilfen

ist eines der Instrumente, die uns zu dem macht, was der Staat braucht: Gesellschaftsbejahende (da man ja sichtlich nicht gegen sie an kann) Anpassungsfunktionäre. Was dieser Staat nicht braucht sind selbstbewußte Sozialpädagogen. Die bekommt er, wenn wir ihm gegenüber in eine speziell resignative Demutshaltung verfallen. Außerdem haben wir auch noch dem Familienclan für diese und jene Zuwendung dankbar zu sein. Das prägt alles und führt schlicht zur psychischen Korrumption und damit zum optimalen Funktionieren in einer autoritären Gesellschaft.

Daher fordern wir für alle 500.-- DM "familienunabhängig zu zahlen von einer Behörde ohne deprimierende Hatz durch die Bürokratien.

Kollegen, Ihr müßt wissen, daß dies nur die Forderung aller sein kann. Gegen den Egoismus, welcher uns als "Individualismus" eingetrichtert wird.

Auf zur Demonstration aller im Sozialisationsbereich Studierender!

Demonstrationstag: Mittwoch, den 3.Juni 1970

Darum werden Kindergärtnerinnen, Erzieher und Sozialarbeiter sowie die sich solidarisierenden zukünftigen Lehrer und Sozialogen, ihren Forderungen zunächst nur durch eine Demonstration kräftigen Nachdruck verleihen.

Wir versammeln uns um 14 Uhr vor der Gedächtniskirche.
Route : Tauenzienstraße, Wittenbergplatz, Martin-Lutherstraße, Rathaus Schöneberg.

Dokument 5

Kommilitonen, Genossen !

Wir haben diese Demonstration ordnungsgemäß angemeldet. Bei der Polizei wie beim Senat haben wir um Aufhebung der Bannmeile um das Schöneberger Rathaus gebeten. Wir haben uns mit der Polizei auseinandergesetzt und wollten die festgelegten Vereinbarungen und Auflagen einhalten. Wir wollten diese friedliche Demonstration machen, um Schütz unsere Forderungen persönlich zu überbringen. Und dann diese Antwort vom Regierenden: ...

...

Es hat schon genug Demonstrationen ohne vorherige Anmeldung gegeben, was dann auch dazu führte, daß sie von Neubauer als kriminell und anarchistisch geschimpft wurden - werden sie nun angemeldet, wie wir es taten, fällt den Herren augenscheinlich auch nicht viel besseres ein, es wird vielmehr noch als Schwäche ausgelegt.

Dieser Hauptversammlungsplatz des Senats, der natürlich "uns allen gehört", ist jetzt wohl endgültig als privates Onaniergelände des Senats anzusehen, wo nur die Jubel-Berliner (oder Perser) aufmarschieren dürfen. Und wie einfach es ist, diejenigen, die etwas kritisieren oder gar fordern mit einer schleimigen Handbewegung abzutun, haben wir die Ehre gehabt zu erfahren.

Dokument 6

Auszug aus einem Referat, gehalten auf der Vollversammlung am 8.6.1970

Aufruf zum Streik aller in der Ausbildung befindlichen Kindergärtnerinnen, Erzieher und Sozialarbeiter.

1. Widerspruch zwischen dem Anspruch, andere Menschen zur Selbständigkeit zu erziehen und der eigenen finanziellen Abhängigkeit von Eltern, Ämtern und Nebenarbeit und somit Beschränkung der eigenen Selbständigkeit.
2. Widerspruch zwischen dem Anspruch, die am eigenen Leibe erfahrene Unterdrückung im Arbeitsprozeß durch emanzipatorische Erziehung anderer zu bekämpfen und der unzureichenden Ausbildung.
3. Wir sind nun genug, um nicht mehr wie an unseren früheren Arbeitsplätzen hilflos und vereinzelt der Übermacht der Autoritäten gegenüberzustehen.
4. Wir werden unsere Forderungen mit allen Mitteln durchsetzen müssen, um Erfolg zu haben.
5. Aufruf zur Streikurabstimmung, nachdem keine Antwort vom Senat erfolgt war: mehrheitliche Annahme eines befristeten Warnstreiks.

Dokument 7

WIR STREIKEN

STATT STIPENDIEN : HANDGRANATEN

Der Senat konnte es innerhalb von Jahren nicht leisten :

- genügend Kindergartenplätze zu schaffen
- genügend Sozialpädagogen auszubilden
- die dafür nötigen Mittel bereitzustellen

Stattdessen schuf er die Möglichkeit, diesen Forderungen der Bevölkerung Handgranaten entgegenzusetzen :

Handgranaten sind billiger und bequemer als die FINANZIERUNG VON BILDUNG UND AUSBILDUNG

D A S ist die von Herrn Schütz und Epigonen praktizierte "S o z i a l demokratie"

WIR STREIKEN :

GEGEN MILITARISIERUNG DER POLIZEI
FÜR DEMONSTRATIONSFREIHEIT
FÜR DIE FINANZIERUNG VON BILDUNG UND AUSBILDUNG

Deshalb solidarisieren wir uns mit dem Totalstreik an den Hochschulen Berlins und rufen auf zur DEMONSTRATION am

Donnerstag 11.6. 17 Uhr 30
S-Bahnhof Humboldthain

Die Streikenden
Kindergärtnerinnen, Erzieher, Sozialpädagogen, Sozialarbeiter der Ausbildungsstätten Berlins.

Mi t t w o c h 10.6. 13 Uhr VOLLVERSAMMLUNG DER STREIKENDEN IM PESTALOZZI-FRÖBEL-HAUS

Streikrat der Sozialpädagogen, Kontakt: Tel.: 216 29 15

Dokument 8

Telefongespräch zwischen einem Studenten und Herrn Fechler am 12.6.70

Student:
Herr Fechler, ich hörte eben von Frau Riefenstahl, daß sie nicht nur dazu in der Lage ist, uns am Montag Auskunft zu geben über die Ausbildungsförderungssituation, sondern außerdem, daß sie auch die Anweisung von Ihnen hat, am Montag nicht zu erscheinen und uns Auskunft zu geben. Jetzt bin ich der Meinung, daß es nicht so sehr die Frage ist, ob die Frau Riefenstahl dazu in der Lage ist, sondern daß es mehr die Frage Ihrer Anweisung ist. Und deswegen würde es mich interessieren, warum Sie uns weiter in dieser Form

übel täuschen wollen, wie sie einen Groß-Teil der Sozialarbeiter und Erzieher schon im November, Dezember und Januar und Februar getäuscht haben bei der Antragsannahme - daß die Leute dort ihre Stellungen gekündigt haben und eine Ausbildung aufgenommen haben als Sozialarbeiter und Erzieher in der damaligen Annahme, von Ihnen eine familienunabhängige Ausbildungsförderung zu erhalten.

Herr Fechler:
Aber - wir haben Sie niemals getäuscht . . .

Student:
Ja, ich meine, die Öffentlichkeit ist derselben Meinung, Herr Fechler - durchaus.

Herr Fechler:
Ich bin nicht dieser Meinung, und wir werden dafür sorgen, daß die Öffentlichkeit eine andere Version erfährt, denn das stimmt nicht - und deswegen sind wir auch gar nicht willens, uns da auf eine lange Diskussion einzulassen, sondern es geht uns eben nur darum, Sie darüber zu informieren über das, was tatsächlich ist. Dazu sind wir bereit, aber nicht Ihnen gegenüber als Streikenden, sondern wir sind bereit, Ihnen gegenüber, also auch ihren Schulen gegenüber, auch Vertretern von ihnen gegenüber darüber Sie zu informieren, ja ? Diese Anweisung habe ich gegeben, wir sind aber nicht bereit, Ihrem Druck zu weichen - um zu sagen, wenn Sie uns da her zitieren, dann erscheinen wir - das kommt nicht in Frage !

Student:
Ja, in den letzten drei Monaten war es ja durchaus so, daß wir Ihre Laufburschen waren, sodaß wir jetzt erwarten können, daß Sie Ihre Auskünfte rechtfertigen müssen gegenüber den Streikenden Kindergärtnerinnen, Sozialarbeitern und Erziehern, die seit Monaten keinen Pfennig Geld bekommen oder nur Unterstützungen, die unter dem Existenzminimum liegen. Und wie Sie eben durchaus sagen, daß wir manchmal Ihre Informationen eben ungewollt oder aufgrund von Mißverständnissen falsch interpretieren und es deswegen zu falschen Informationen und Vorstellungen kommt - und deswegen wäre es ja nun mal notwendig meines Erachtens, daß Sie mal zu dem Papier, das da bei der Arbeitskommission der Senatoren und einer Vertreterin von Ihnen entstanden ist, Stellung nehmen, Fragen beantworten - da einige Unstimmigkeiten bei uns vorhanden sind !

Herr Fechler:
Das können wir nicht. Da steigen wir selbst kaum durch. Das ist leider ein solches Durcheinander aber nicht durch unsere Schuld sondern durch die Schuld des Gesetzgebers, entstanden dadurch also leider Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten bei Ihnen entstanden sein können. Das gebe ich Ihnen ohne weiteres zu. Deshalb habe ich auch die Weisung gegeben, daß wir bereit sind, allen Schulen gegenüber eine Information zu geben. Wir sind auch bereit, dort zu erscheinen, bloß eben nicht vor Ihrer ganzen versammelten Mannschaft. Das hätte gar keinen Sinn, denn jeder Fall liegt wahrscheinlich anders. Wir können Ihnen nur einen allgemeinen Überblick über die Situation geben, und da würde ich Sie bitten, darauf zu dringen, daß bei den entsprechenden Veranstaltungen in den Schulen dann Vertreter von Ihnen anwesend sind, die sich das anhören und eventuell weitergeben können. Wir können aber nicht jeden einzelnen Fall in einer großen Gemeinschaft nun durchsprechen; das würde zu nichts führen, bzw. das würde Tage und Wochen in Anspruch nehmen. Damit werden wir nach wie vor auf die Arbeitsämter verweisen, denn wie gesagt, nur die können den Einzelfall beurteilen.

Student:
Das ist richtig und deshalb war ja auch unsere Forderung, daß wir hier nicht Tage oder Wochen die Einzelfälle besprechen müssen, sondern unsere Forderung war die, daß es eine einheitliche Stipendienförderung gibt und zwar eine familienunabhängige in Höhe von 500.-- DM. Und diese 500.-- DM wurden uns familienunabhängig im Zeitraum November, Dezember, Januar, Februar auch durchaus zugesagt und jetzt sagen Sie auf einmal, daß diese Förderung nicht möglich ist und daß das individuell entschieden werden muß.

Herr Fechler:
Ja, bloß da werfen Sie zweierlei durcheinander und deshalb muß man das alles mal aufklären. Die familienunabhängige Förderung ist nicht unsere Angelegenheit, sondern das ist Sache des Landes Berlin. Wir sind nicht Land Berlin sondern Bund. Von uns können Sie hier nur entweder eine Berufsausbildungsförderung erhalten, oder in den Fällen der Vergangenheit, soweit wir Ihnen Zusagen gemacht haben, soweit Sie von uns entsprechend beraten worden sind, bekommen Sie ja das Unterhaltsgeld. Das ist Ihnen ja zugesagt worden.

Student:
Es ist aber nun so, daß viele von uns den Antrag gestellt haben und seit drei Monaten das von Ihnen zugesagte familienunabhängige Unterhaltsgeld nicht erhalten haben.

Herr Fechler:
Ja, da ist vor wenigen Tagen eine entsprechende Anweisung des Arbeitsministeriums über unsere vorgesetzte Dienststelle gekommen, wonach alle diejenigen, die bis zum 15. März entsprechende Anträge gestellt haben, nun doch das Unterhaltsgeld bekommen können.

Student:
Ich glaube, Herr Fechler, daß das Gespräch weiter keinen Sinn hat.

Dokument 9

Rede vor der Gesamtvollversammlung am 15.6.70

Was hat der Streik für uns bedeutet ?

Für diejenigen, die erwarteten, daß ein boykottieren des Unterrichts dazu ausgereicht hätte, daß wir, die streikenden Kindergärtnerinnen, Erzieher und Sozialarbeiter unsere 500.-- DM Ausbildungsförderung ins Haus erhalten würden, bedeutete dieser Warnstreik bestimmt nicht mehr als 5 unterrichtsfreie Schultage. Nur diejenigen, die von vornherein wußten, daß die Streikzeit nicht dem Sonnenbaden diente, sondern daß diese Zeit genutzt werden mußte, um gemeinsam und solidarisch unsere Forderungen zu manifestieren und die Zeit der Solidarität auszunutzen für die Schaffung von Arbeitsgruppen, können bis jetzt von einem durchaus erfolgreichen Warnstreik sprechen.

Was bedeuteten für sie Manifeste und gemeinsame Unterstützung ihrer Forderungen:

Sie bedeuteten akademie-interne Vollversammlungen, in denen wir die Möglichkeit hatten, die Isoliertheit der einzelnen Studienkurse zu durchbrechen und zukünftig gemeinsam an den Akademien den inhaltlichen Kampf gegen Schuldisziplinierung, Unterrichtszwang und nicht befriedigende Lehrinhalte aufzunehmen - außerdem die Erarbeitung neuer Inhalte, die wir in den Dienst unseres zukünftigen Klienten und unserer Berufsperspektive stellen können.

Was hilft es uns und unseren zukünftigen Klienten, wenn wir kurz vor den jeweiligen Leistungskontrollen einige willkürlich ausgewählte Unterrichtsstoffe auswendig lernen müssen, um einer veralteten Ausbildungsordnung zu genügen und um den geforderten Leistungsnachweis für ein zu knappes Stipendium vorzuweisen.

Was hilft uns ein Fächersalat von unzähligen Disziplinen, die unverbunden nebeneinanderstehen, uns den Eindruck einer vielseitigen Ausbildung vortäuschen sollen, in Wahrheit aber nur ein unbefriedigendes Halbwissen vermitteln.

Diese unzureichende Ausbildung versetzt uns nicht in die Lage, unsere Berufspraxis qualifiziert auszufüllen. Bestenfalls führt sie dahin, uns in die veraltete Sozialarbeiter-Praxis, die in einer kaum noch heilbaren Misere steckt, nahtlos einzuordnen.

Deshalb rufen wir zur weiteren Bestreikung des Unterrichts auf, um die Möglichkeit zu haben, Arbeitsgruppen zu bilden um uns aus dieser Ausbildungsmisere herauszuführen.

Dokument 10

An den Senator für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Berlin, 15.6.70

Betr.: Beschluß der Kindergärtnerinnen und Erzieher der vierjährigen Ausbildung

Sehr geehrter Herr Senator Dr. Bodin !

Wie psychologische und sozialwissenschaftliche Empfehlungen und Gutachten des deutschen Bildungsrates eindeutig beweisen, kann der gesellschaftspolitische Stellenwert der Vorschulpädagogik gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Hier liegt der entscheidende Ansatz für den systematischen Abbau von Bildungsbarrieren und Milieusperren in unserer Gesellschaft.

Wir, die in der Ausbildung befindlichen Kindergärtnerinnen und Erzieher sind uns unserer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung bewußt und bereit, uns dieser Aufgabe zu stellen.

Wir bereiten uns auf einen Beruf vor, der von uns schon in relativ jungen Jahren nicht nur fundierte Kenntnisse, sondern auch ein erhebliches Maß an Reife, persönlicher Sicherheit, Selbständigkeit und Entscheidungsfähigkeit verlangt. Das setzt eine intensive konzentrierte Ausbildung voraus, sowie die Notwendigkeit, persönliche Reifungs- und Emanzipationsprozesse beschleunigt zu durchlaufen.

Obwohl die gesamtgesellschaftliche Bedeutung unseres Berufes nicht mehr bezweifelt wird, werden die direkten und indirekten Kosten der Ausbildung und die damit notwendigerweise verbundenen persönlichen Opfer einzig und allein unseren Eltern zugemutet. Im Gegensatz zu anderen Berufslaufbahnen, die uns nach der mittleren Reife offenstanden und vom ersten Tage an mit einer Lehrlingsvergütung honoriert werden, verbleiben wir in der Regel bis zum Schluß unserer Ausbildung in vollständiger Abhängigkeit vom Elternhaus.

Unsere Eltern sind zwar meistens bereit, unsere wirtschaftliche Existenz auch nach der mittleren Reife zu garantieren, aber es ist ihnen darüber hinaus kaum noch möglich, bzw. zuzumuten, die direkten Ausbildungskosten (Fahrgeld, Schulgeld, Taschengeld, Material- und Bücherkosten) zu tragen, sodaß viele von uns auf Nebentätigkeit angewiesen sind. Unter diesen Umständen ist der Kauf von Fachbüchern für die theoretischen und praktischen Fächer kaum möglich, wodurch das Niveau der Ausbildung nicht gerade gesteigert wird.

Wir fordern daher :

1. Für alle in der Ausbildung befindlichen Kindergärtnerinnen und Erzieher unter 18 Jahren eine familienunabhängige Förderung von 250.-- DM monatlich, um potentiellen Berufsanfängern und ihren Eltern die Entscheidung für diesen Beruf zu erleichtern (außerdem Schulgeldfreiheit).

   In besonderen Fällen finanzieller Notlage muß zusätzlich die Möglichkeit einer familienabhängigen Ausbildungsbeihilfe, die nicht auf die generelle Förderung angerechnet werden darf.

2. Für alle in der Ausbildung befindlichen Kindergärtnerinnen und Erzieher über 18 Jahren schließen wir uns den Forderungen der Sozialarbeiter und der Erzieher der dreijährigen Ausbildung nach einem familienunabhängigen Stipendium von 500.-- DM monatlich an. Wir gehen davon aus, daß auch das liberalste Elternhaus die gerade für unseren Beruf so besonders notwendigen Reifungs- und Emanzipationsprozesse wesentlich behindert, und wir halten es daher für unumgänglich, uns spätestens mit 18 Jahren aus dem Elternhaus lösen zu können.

3. In Einzelfällen, in denen der erfolgreiche Abschluß der Ausbildung durch besonders schwierige Umstände im Elternhaus gefährdet erscheint, muß dieses Stipendium auch bereits von unter 18-jährigen beansprucht werden können.

Die in der Ausbildung befindlichen Kindergärtnerinnen und Erzieher der vierjährigen Ausbildung

des Pestalozzi-Fröbel-Hauses
des Friedrich-Fröbel-Hauses
des Oberlin-Seminares
der Viktoria-Fachschule

Dokument 11

An die Studierenden der Unterstufe

Betr.: Planmäßige Lehrveranstaltungen

Aufgrund eines Schreibens vom 18.6. an die Dozentenschaft, nachdem eine Gruppe Ihres Kurses bis zum Ferienbeginn anstelle der Lehrveranstaltungen ausschließlich die Diskussion verschiedener Fragenkomplexe anstrebt, sehe ich mich zu folgender Mitteilung veranlaßt :

Die Akademie ist jedem einzelnen Studierenden gegenübervertraglich verpflichtet, die entsprechenden Lehrveranstaltungen durchzuführen und ist an die vorgegebenen Ausbildungsbestimmungen - einschließlich einer Mindeststundenzahl in den einzelnen Fachgebieten - gebunden. Es ist daher nicht vertretbar, Lehrveranstaltungen über Wochen hin ausfallen zu lassen, die auch zu einem späteren Zeitpunkt nicht nachgeholt werden können.

Aus diesem Grunde werden die Lehrveranstaltungen weiterhin planmäßig angeboten.

Die in der Vollversammlung vom 16.6. getroffene Vereinbarung in einige Übungen im Einvernehmen mit den Dozenten erste Ansätze zu Reformüberlegungen mit einzubeziehen, soweit es sich mit dem Stoffinhalt vereinbaren läßt, bleibt aufrechterhalten. Außerdem weise ich noch einmal auf die für alle Studierenden und Dozenten vorgesehene Diskussionswoche vom 21. - 25. 9. hin, in der gemeinsam konstruktive Erörterungen zur Reform der Ausbildung vorgesehen sind.

Berlin, den 19.Juni 1970

gez.Danzig

EINSCHÄTZUNG UND SELBSTKRITIK

Der Ausgangspunkt des Streiks war die materielle Notlage eines großen Teils der Studentenschaft der Unterstufe am PFH. Er wurde initiiert von einer bisher nicht gemeinsam politisch arbeitenden Gruppe, vielmehr bestand sie aus schon politisch bewußten und teilweise außerhalb der Akademie politisch arbeitenden Einzelnen.

Die Solidarisierung der Unterstufe wurde durch die Aufstellung ökonomischer Forderungen, die nicht mehr als nur individuelle Forderungen angesehen wurden, erreicht, es fehlte jedoch jede politische Motivation.

Zur Vorbereitung von Aktionen wurde ein Streikrat aus Studenten aller Akademien gebildet, in dem beträchtliche politische Differenzen auftraten. Dadurch war der Streikrat unfähig, als politisch geschlossene Gruppe aufzutreten. Es fehlte jede theoretische Grundlage und praktische Erfahrung. Aufgrund der unterschiedlichen politischen Einstellung konnte kein praktisches Konzept entworfen werden, so mußte vieles der Spontanität überlassen bleiben. Das führte zu großen Rückschlägen (z.B. abnehmendes Interesse an Vollversammlungen, allgemeines Desinteresse an vorgeschlagenen Arbeitsgruppen). Die Arbeit beschränkte sich auf die Vorbereitung von Vollversammlungen und die Anfertigung von Reden, die das Konsumverhalten der Streikenden unterstützte. Dadurch verselbständigte sich der Streikrat zunehmend und verlor die Verbindung zu den Streikenden. Er galt als elitärer, besser informierter Haufen, dem es während der ganzen Dauer des Streiks nicht gelang, die ökonomischen und politischen Zusammenhänge zu vermitteln. Das Mißtrauen gegen sozialistische Terminologie erzeugte offensichtlich bei vielen das bekannte Vorurteil : Sozialismus = Terror.

Man kann bei den Beteiligten generell zwei Gruppen unterscheiden :
Die eine Gruppe, die mit politischen Gründen ihre Berufswahl motoviert (die auch den aktiveren Teil der Streikenden darstellte), z.B. damit, daß sie die Arbeit im Sozialisationsbereich als ein Mittel zur Bewußtmachung gesellschaftlicher Widersprüche nutzen will.

Die andere Gruppe, die sich durch die ziemlich unkritisch absolvierte Ausbildung einen schnellen und bequemen Weg zum sozialen Aufstieg erhofft.

Der Streik wurde größtenteils von den Unterstufen der verschiedenen Akademien getragen. Die mangelhafte Solidarisierung der Mittel- und Oberstufen, zumindest am PFH, wurde mit Prüfungen und Praktika begründet. Der tatsächliche Grund scheint aber bei den frustrierenden Erfahrungen ähnlicher Aktionen im Vorjahr zu liegen.

An den Kindergärtenrinnenseminaren wurde die Solidarisierung erschwert durch autoritäre Sanktionen seitens der Lehrkörper.

Hilfestellung von politisch arbeitenden Gruppen an den Hochschulen und im Produktionsbereich fehlte vollständig. Es wurde allerdings vom Streikrat versäumt, Kontakte aufzunehmen. Es bleibt jedoch die Frage offen, ob aufgrund der ursprünglich rein berufsständischen Forderung überhaupt ein Interesse seitens anderer Gruppen an einer Kooperation vorgelegen hätte.

Allerdings leistete Senator Bodin unbewußte Hilfestellung zur notwendigen Politisierung der Streikenden, indem er seinen bürokratischen Apparat auf berechtigte ökonomische Forderungen mit politischem Zynismus antworten ließ. (s.Chronologie)

Durch das positive Interesse von Presse und Fernsehen wurde die Streikmoral gehoben.

Der Hauptirrtum des Streiksrats war, zu glauben, daß eine Solidarisierung mit dem Streikaufruf aller Hochschulen gegen das Handgranatengesetz endlich die politischen und ökonomischen Zusammenhänge klarmachen würde (s. Dokument 7).

Die Reaktion war, wie bereits oben beschrieben (Sozialismus = Terror).

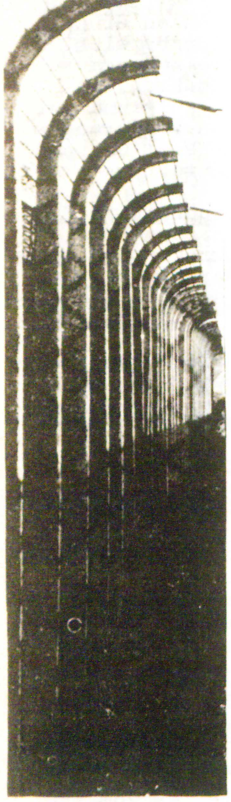
Einen Teilerfolg stellen lediglich die Ergebnisse, der nach Streikabbruch organisierten Arbeitsgruppen dar, die in sehr kurzer Zeit (14 Tagen) sowohl neue Ausbildungspläne, wie Vorschläge zur Methodologisierung der Sozialarbeiterausbildung vorlegten.

Die Aufforderung zur Zusammenarbeit ist vom PFH an alle westberliner und bundesdeutschen Akademien ergangen, blieb bisher aber ohne Echo.

Die an den Akademien schon arbeitenden oder noch einzurichtenden Schulungsgruppen müssen zu einer politischen Einheit zusammengefaßt werden und ihre Arbeit mit dem AKS koordinieren. Darüberhinaus sollte die Kommunikation mit westdeutschen Akademien und die Zusammenarbeit mit den Roten Zellen Soziologie und Pädagogik betrieben werden.

Isolierte Aktionen führen zu nichts.

NOCH NE PLÖTZE



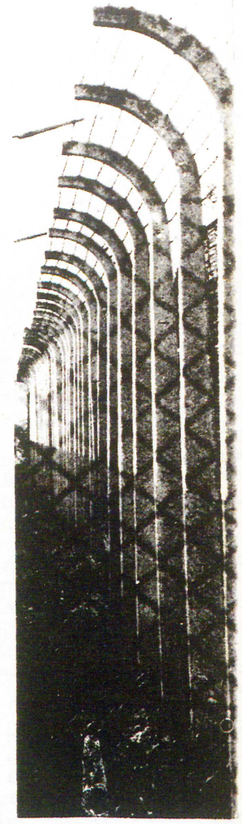
Der folgende Bericht einer Architektengruppe über den geplanten Neubau der Jugendstrafanstalt Plötzensee erscheint aus folgenden Gründen in der SPK :

1. Wieder einmal soll über ein Riesenmillionen - resozialisierungsprojekt von den politischen Instanzen des Berliner Senats unter Ausschluß der Öffentlichkeit und damit auch der Fachleute im Erziehungsbereich entschieden werden.

2. Die Diskussion über neue Resozialisierungsbestrebungen im Jugendstrafvollzug kann vor dem Hintergrund genauer Informationen über die Senatsmotivation, eine neue Jugendstrafanstalt zu bauen, gezielter und konsequenter geführt werden.

3. Die uns zur Verfügung stehenden Informationen von Architekten, und deren Ziel interdisziplinär zu arbeiten, also mit Gruppen zu kooperieren, die nach Fertigstellung der Strafanstalt dort pädagogisch tätig werden sollen, machen erneut die Notwendigkeit deutlich eine intensive Zusammenarbeit aller politischen Gruppen zu praktizieren.

4. Wir erkennen an diesem "Fall", daß die zuständigen Seantsverwalter daran gehindert werden müssen unter dem Vorwand neue pädagogische Wege im Dienste der Kinder und Jugendlichen gehen zu wollen ihren persönlichen und parteipolitischen Ehrgeiz zu entwickeln.



Mit den veranschlagten 50 Mill. DM für den Neubau der "Jugendstrafanstalt Plötzensee" könnte man jedem der 300 Häftlinge ein Häuschen im Wert von 160 000 DM bauen. Weiß man, daß der Neubau des Klingelpütz in Köln pro Häftling nur etwa 15 000 DM gekostet hat, gewinnt man den Eindruck, daß hierin Berlin keine halbe Sache gemacht werden soll.

Kritik an der Senatsplanungziel in diesem Zusammenhang zunächst auf den Bereich politischer Entscheidung ab, in dem die politischen Instanzen direkt auf verwahrloste oder gefährdete Jugendliche Einfluß nehmen : Im Bereich der öffentlichen Erziehungsinstitutionen.

In Berlin werden etwa 2 % aller Jugendlichen in Erziehungsheime oder Jugendhöfe eingewiesen. Daß sie das bisher Versäumte nicht erlernen wird deutlich, wenn man weiß, daß "Heimerzogene" laut Aussage des Kriminologischen Instituts der Universität Gießen später etwa 75 % der Insassen der Jugendstrafanstalten stellen ! Auch die Jugendstrafanstalt erfüllt in keiner Weise ihre Aufgabe der Resozialisation, denn 70 bis 80 % der Entlassenen werden wieder rückfällig. Resumée : die staatlichen Erziehungsanstalten scheitern nicht nur in ihren Resozialisierungsversuchen, sondern sie fördern noch die Kriminalität.

Warum ist der Senat dabei, eine Jugendstrafanstalt zu bauen, ohne vorher eine Perspektive entwickelt zu haben ? Das sind Fragen, denen wir, eine Gruppe von Architekturstudenten und -assistenten, im letzten Vierteljahr nachgegangen sind. An der Arbeit waren Soziologen, Psychologen, Sozialarbeiter, Juristen und Jugendrichter beteiligt.

Beim Senator für Justiz wurde 1969 ein Raumprogramm für den Neubau der Jugendstrafanstalt Plötzensee entwickelt, das in der Fassung vom 20.Mai 1970 an den Senator für Bau- und Wohnungswesen weitergegeben wurde. Da die Auswertung mit Hilfe einer Nutzwertanalyse vorgenommen werden soll, mußte ein Zielsystem aufgestellt werden, für das das Raumprogramm allein nicht ausreichte. Man brauchte konkrete Angaben über das, was in den neuen Räumen geschehen sollte. Darüber war man sich beim Senator für Justiz jedoch nicht im Klaren. Auf der Suche nach einer Konzeption stieß er auf die Arbeit unserer Gruppe. Weil er auf unsere Forderungen : Veränderung des Raumprogramms, Neubestimmung des Standortes, Terminverschiebung der Auslobung, um die vorhandene Unterlagen durch eine Gruppe von Fachleuten zu prüfen, zu korrigieren und neuzubestimmen, nicht eingehen konnte, kam jedoch eine Zusammenarbeit nicht zustande.

Der Neubau soll in der nichtinformierten Offentlichkeit den Anschein erwecken, es werde "was getan im Jugendstrafvollzug".

Im Bericht über den Berliner Strafvollzug vom Juni 1968 ist zu lesen, daß aufgrund des Mangels an Haftraum für den Erwachsenenvollzug eine Mischbelegung der Jugendstrafanstalt Plötzensee vorgenommen werden müßte. Zur Behebung dieses Mangels wird vorgeschlagen : "Da die Jugendstrafanstalt Plötzensee durch Gefangene des Jugendstrafvollzugs nicht voll ausgenutzt werden kann, hält es der Senat für zweckmäßig, diese für den Erwachsenenstrafvollzug zu nutzen und dafür eine neue Jugendstrafanstalt mit 350 Plätzen zu bauen."

Man baut eine neue "Plötze" also nicht, um dort endlich mit Resozialisierung ernst zu machen,

sondern weil man Platz für die erwachsenen Strafgefangenen braucht. Nach 10 Jahren findet man sich dann im selben Loch wieder.

Es gibt auch handfeste persönliche Gründe für dieses Bauvorhaben. So ist das Engagement der jetzigen Anstaltsleiterin, Frau Harre, in Sachen Neubau wohl wenig von der Sorge um bessere Resozialisierung bestimmt - dazu müßten sonst von ihr irgendwann einmal Vorstellungen zu einer von uns immer wieder geforderten, Vollzugsneukonzeption entwickelt worden sein. Vielmehr gewinnt man den Eindruck, ihre Mitwirkung an dem Bau einer schönen neuen Anstalt solle der Aufbesserung des eigene Immage dienen. Möglicherweise haben auch die Herren Tanke und Kern aus der Justizverwaltung ähnliche Motive, wenngleich sie in ihren Äußerungen wesentlich zurückhaltender sind.

Keines dieser drei genannten Motive reflektiert die gesellschaftlichen Hintergründe des Jugendstrafvollzugs. Bei der Senatsplanung geht es um sozialstaatliche Befriedigungstaktik, hinter der man die lebenslange Diskriminierung gesellschaftsgeschädigter Jugendlicher verbirgt, um Effektivität der Haftraumausnutzung und um persönlichen und parteipolitischen Ehrgeiz. Wollte man sich ernsthaft mit dem Problem jugendlicher Straffälliger auseinandersetzen, müßten die Maßnahmen zum Abbau von Dissozialität spätestens bei der Heimerziehung einsetzen.

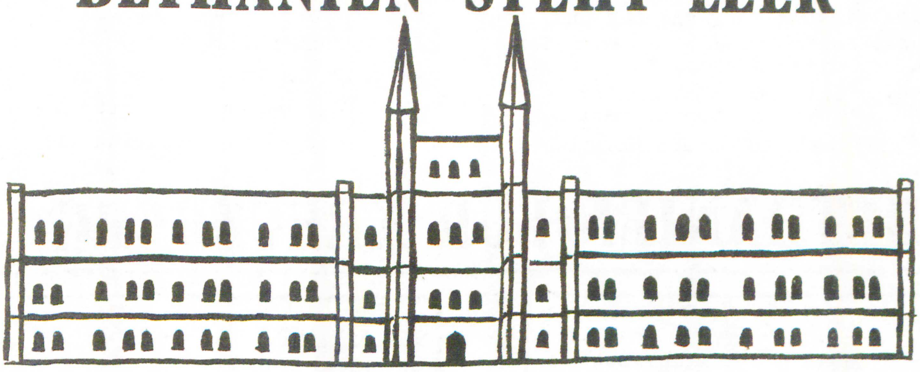
Berlins Heime und Jugendhöfe sind die Hauptlieferanten der "Plötze". Jeder ernsthafte Versuch zur Resolzialisation hat umsomehr Aussicht auf Erfolg, je früher er begonnen wird. Die bewilligten Mittel wären wirksamer eingesetzt, wenn damit die personellen und baulichen Voraussetzungen der Heime verbessert bzw. neu bestimmt würden. Eine Strafanstalt zu bauen, weil die Jugendkriminalität zunimmt und die Rückfallquoten hoch sind, bedeutet lediglich den Versuch, die Symptome zu kurieren.

Wir wollen den Bau der Anstalt in der beabsichtigten Form und auf dem vorgesehenen Standort verhindern.

Mitte Oktober sollen die ersten Colloquien zu einem Wettbewerb stattfinden. Wir werden zu gleicher Zeit eine öffentliche Veranstaltung durchführen, auf der sich berliner und westdeutsche Fachleute zu dem geplanten Neubau kritisch äußern. Lest auch unser im Zirkel-Verlag erschienenes Buch "Therapie statt Strafe" mit einer Dokumentation der Geschehnisse bei den Seantsstellen im Zusammenhang mit dem Projekt und unseren Initiativen, den Verantwortlichen die Unsinnigkeit ihres Vorhabens vorzuhalten und die Öffentlichkeit auf die Fehlplanung aufmerksam zu machen.

Das was der neuen Plötze droht, wird just in diesen Tagen am Jugendhof in Zehlendorf demonstriert : für die minderjährigen Ausgestoßenen dieser Gesellschaft, für die seit 1941 alte graulackierte Fliegerbaracken nicht zu schlecht waren, soll ein Neubau - verborgen und undiskutiert von der pädagogisch interessierten Öffentlichkeit - inszeniert werden für über 25 Mill.DM: Die Personalanforderungen sind allerdings nur geringfügig angehoben. Die Jugendlichen werden also statt von Zelle zu Zelle von Pavillon mit Gruppenauslauf zu Pavillon mit Gruppenauslauf wandern. Die Türschließer bleiben diselben, schlecht bezahlt und innerlich längst gestorben: Sie denken in der Kathegorie des Straftäters und nicht in der des mit seinem Schicksal Bestraften.

BETHANIEN STEHT LEER



Die einhellige Empörung der Kreuzberger Bevölkerung Anfang dieses Jahres über den ersatzlosen Abriß des Kreuzberger Krankenhauses Bethanien konnte die Verwirklichung des Senats-Abrißplanes verhindern. Doch das Krankenhaus wurde auch durch den Protest nicht erhalten.

Nachdem bekannt wurde, daß der Senat das leerstehende Gebäude für 1o,5 Mill. DM der Kirche aus Steuergeldern abgekauft hat, rechnete die Kreuzberger Bevölkerung mit einer Nutzung des Hauses in ihrem Sinne, um über einen zentralen Ort zur Gestaltung gemeinsamen gesellschaftlichen Lebens verfügen zu können.

Weit gefehlt !

Und doch brauchen wir uns über die Anstrengungen verschiedener Senatsverwaltungen, im wichtigsten Teil Bethaniens den "Staats- und Domchor" mit 1oo Internatsplätzen unterzubringen, nicht zu wundern. Denn diesen Herren geht es nicht um bildungs- und erziehungspolitische Notwendigkeiten für die ständig benachteiligte Kreuzberger Bevölkerung (vor allem der Kinder und Jugendlichen) sondern um finanztechnische Manipulationen. Dem "Staats- und Domchor" sind nämlich für einen Neubau bereits 4,5 Mill. DM zugesagt worden, die der Senat nun sparen will.

Daß das Kreuzberger Erziehungsdefizit immer größer und die Lage der Kinder und Jugendlichen immer schlechter wird, spielt in den Überlegungen und Entscheidungen des Senats offensichtlich keine Rolle.

Aber die Haltung der Bevölkerung ändert sich ! Sie wird nicht nur aufmerksamer und kritischer, sie meldet jetzt auch immer häufiger und eindeutiger ihre Forderungen an. Im Fall Bethaniens wird das klar:

Am 7. und 8. September 7o führte die ev. Kirche zwei Informationsveranstaltungen durch. Der erste Abend stand unter dem Thema: "Stadterneuerung in Kreuzberg - unter Beteiligung der Öffentlichkeit?" und führte zur zweiten Diskussion mit dem Thema: "Die Zukunft Bethaniens". Am Ende dieses Abends wurde eine Resolution verabschiedet, die den sofortigen Stop aller Senatspläne in Sachen"Zukunft Bethaniens" forderte !

Die Alternative lautete: Ausschreibung eines Wettbewerbs nicht nur unter Beteiligung der Kreuzberger Bevölkerung sondern mit dem Ziel, Bethanien für alle Kreuzberger zu nutzen.

Keiner kann begreifen, was der "Staats- und Domchor" im Bethanien soll !!!

Als erste Selbsthilfemaßnahmen stellten Kreuzberger Schüler und Erwachsene vier Flugblätter her, die sie morgens und nachmittags vor allen Schulen und an allen wichtigen Verkehrspunkten

Kreuzbergs verteilten, damit alle Kreuzberger über die Zukunft ihres ehemaligen Krankenhauses informiert werden und nun mitreden können.

Alle, denen eine Verbesserung der Lage der Kreuzberger Bevölkerung wichtig ist, sollten diese Aktion BETHANIEN STEHT LEER - BETHANIEN FÜR KREUZBERG unterstützen.

Deshalb veröffentlichen wir nachstehend zwei Flugblätter in dieser SPK!

1

BETHANIEN STEHT LEER !

Bisher war Bethanien Kreuzbergs Krankenhaus. Der Senat wollte Bethanien abreißen, das konnte verhindert werden. Dann hat der Senat das leerstehende Haus für 1o,5 Mill. DM gekauft. Was jetzt mit Bethanien passieren soll, ist glatter Hohn.

Der Senat will dort den "Staats- und Domchor" mit 1oo Internatsplätzen unterbringen!!!

Hat man uns Kreuzberger vorher gefragt ?
Hat diese Nutzung etwas mit den Bedürfnissen der Bevölkerung zu tun ? Wir brauchen einen Ort, an dem wir über die Rechte als Mieter aufgeklärt werden, wo wir etwas über die Hintergründe der Kahlschlagsanierung erfahren, warum die alten Häuser abgerissen und nicht modernisiert werden. Wir brauchen ein Zentrum, wo sich Jugendliche treffen können, um Musik, Theater, Film zu machen, wo Freizeitwerkstätten sind und wo die Jugend ihr Leben selbst gestalten kann.

Wir brauchen für unsere Kinder Spielräume und pädagogische Anleitung. Auch die älteren Mitbürger müssen die Möglichkeit haben am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.
Es muß einen Ort geben, wo alle Schichten der Bevölkerung hingehen können !

Das alles ist im Bethanien möglich, Platz ist ausreichend vorhandeb !

Aber wenn wir nicht handeln, wird in wenigen Wochen der "Staats- und Domchor" einziehen.

Um unser Recht der Mitwirkung wahrzunehmen und um über unsere Bedürfnisse zu reden, an denen der Senat nicht einfach vorbeigehen kann, treffen wir uns alle am Mittwoch, dem 23. September 197o um 18.3o Uhr vor dem Hauptportal vom Bethanien.

INITIATIVAUSSCHUSS BETHANIEN

2

BETHANIEN STEHT IMMER NOCH LEER !

Warum fordern wir Schüler, Lehrlinge und Jungarbeiter immer noch das leerstehende Bethanien für uns ?
Weil es uns genauso geht wie Euch.
Weil wir alle die gleichen Probleme haben:

Wer hat schon zu Hause genügend Platz, um sich ungestört mit seinen Freunden und Freundinnen zu treffen ?
Im Bethanien ist dafür Platz !

Wer hat keine sexuellen Probleme ? Wo können wir sie ungestört besprechen ?
Im Bethanien ist dafür Platz !

Wo können wir ungestört laute Musik machen und danach tanzen ohne dafür bezahlen zu müssen ?
Im Bethanien ist dafür Platz !

Wo gibt esRäume, in denen Beat-Bands üben können, in denen wir Feten organisieren können, wie wir es für richtig halten ?
Im Bethanien ist dafür Platz !

Wo können wir kostenlos Werkstätten benutzen, um unsere Fahrräder und Mopeds zu reparieren ?
Im Betahnien ist dafür Platz !

Wer gibt uns Gelegenheit über unsere Probleme aus der Schule und aus dem Betrieb zu reden und uns gemeinsam auf Klassenarbeiten und Prüfungen vorzubereiten ?
Im Bethanien ist dafür Platz !

Wo haben wir so viel Platz, daß wir alles zu gleicher Zeit tun können ?

Im Bethanien !!!

Aber: Bethanien wird uns nicht geschenkt !
Wir müssen uns dafür einsetzen !
Wir zählen auf Dich !!!

BETHANIEN FÜR KREUZBERG !

(Fortsetzung v. S. 9)

Im FD ist z.Zt. für mich kein Arbeitsplatz frei. Alle Stellen sind besetzt, niemand hat Urlaub oder ist krank. Ich sitze an einem Praktikantentisch und habe keinen Aufgabenbereich.

Berlin, den 24.8.7o Peter Bischoff

Offensichtlich kann es sich die Senatsbürokratie immer noch leisten,Arbeitskraft zu vergeuden,indem sie unliebsame Mitarbeiter kaltstellt.Das Verfahren beweist keinen großen Einfallsreichtum.Wir müssen überlegen,wie derartigen Disziplinierungsversuchen In Zukunft wirksam begegnet werden kann!

Spendenkonto

Wir bitten, S p e n d e n und U n k o s t e n b e i t r ä g e einzuzahlen auf das Postscheckkonto Berlin-West 10 10 85 (Manfred Rabatsch - Sonderkonto -)

Verantwortlich für den Inhalt:
R e d a k t i o n s k o l l e k t i v ,
Eve Bösser.
Anschrift der Redaktion:
SOZIALPÄDAGOGISCHE KORRESPONDENZ
1000 B e r l i n 12
Kantstr. 71 II, Tel.: (0311) 31 74 32